illustrierte historische hefte 12

SÜDAFRIKA APARTHEID



Befreiungskampf

Klaus Brade

Der blutige Mittwoch

16. Juni 1976, vormittags. In dem von fast eineinhalb Millionen Afrikanern bewohnten Getto Soweto am Rande der südafrikanischen Industriemetropole Johannesburg formiert sich ein Demonstrationszug von Schülern und Lehrern. Wofür – wogegen wollen sie demonstrieren? Afrikaans soll obligatorische Unterrichtssprache für einige Fächer werden. Viele afrikanische Lehrer und Schüler sind dagegen, denn für sie ist Afrikaans ein verhaßtes Symbol des Herrenmenschendenkens der Weißen Südafrikas, eine Sprache, die auf den Polizeiwachen und in den rassistischen Behörden benutzt wird.

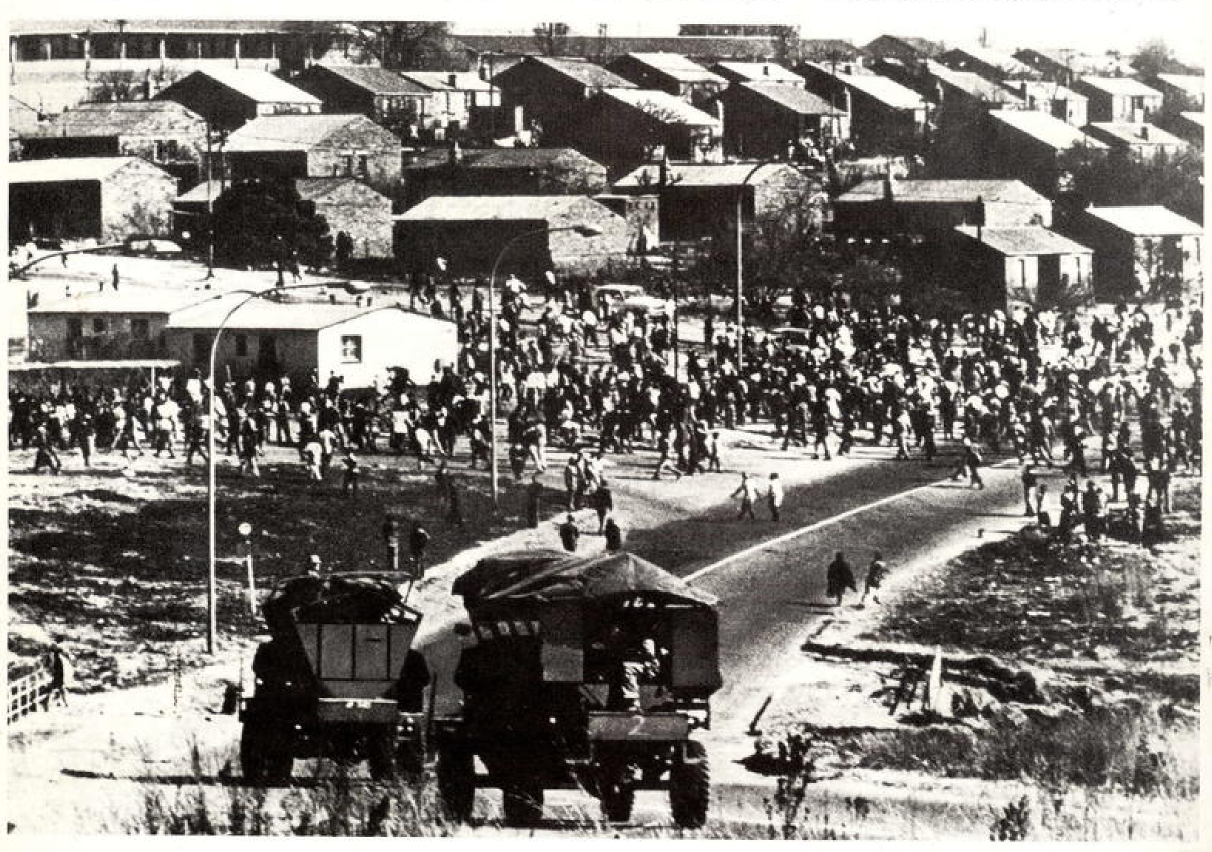
Die friedliche Demonstration in Soweto am 16. Juni erlebte eine dramatische Wende. Der afrikanische Fotograf Alf Khumalo von der Johannesburger Zeitung „Sunday Times" berichtet: „Ich kam gegen elf Uhr morgens in Soweto an. Die Kinder standen schon bereit, mit ihren Transparenten loszumarschieren. Mannschaftswagen der Polizei kamen an: Aus ihnen sprangen Männer, die Tränengas in die Menge zu schießen begannen. In diesem Moment ließ sich noch nicht erahnen, was gleich darauf geschehen sollte. Die Kinder lachten und scherzten miteinander. Die Polizisten kreisten sie ein... Plötzlich sank ein kleiner Junge zu Boden. Da begriff ich, daß es nicht Warnschüsse waren, die die Polizisten abgaben. Sie schossen direkt in die Menge... Es war wie ein Traum, ein Alptraum, den ich nie vergessen werde."

Binnen weniger Minuten hat die Polizei viele Kinder und Erwachsene getötet oder verwundet.

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht vom Massaker in ganz Soweto. Erbittert greifen die aufgebrachten Massen verhaßte Institutionen rassistischer Macht an. Büros der Behörden und auch die Häuser einiger mit den Rassisten paktierender Afrikaner gehen in Flammen auf. Die schwarzen Rauchwolken über Soweto sind deutlich sichtbar auch in den Villenvierteln Johannesburgs, dort, wo die Weißen leben.

Jedoch nicht nur in den Gettos der Afrikaner von Johannesburg sind die Einwohner voller Trauer um die Toten und voller Zorn gegen das Rassistenregime. In den auf das Massaker in Soweto folgenden Tagen kommt es zu Unruhen in fast allen Landesteilen. Besonders stark sind sie in den Gettos der Industriezentren der Provinz Transvaal. Aber die Rassisten belassen es nicht beim Mord an den Schülern und Lehrern am

Gepanzerte Fahrzeuge in Soweto

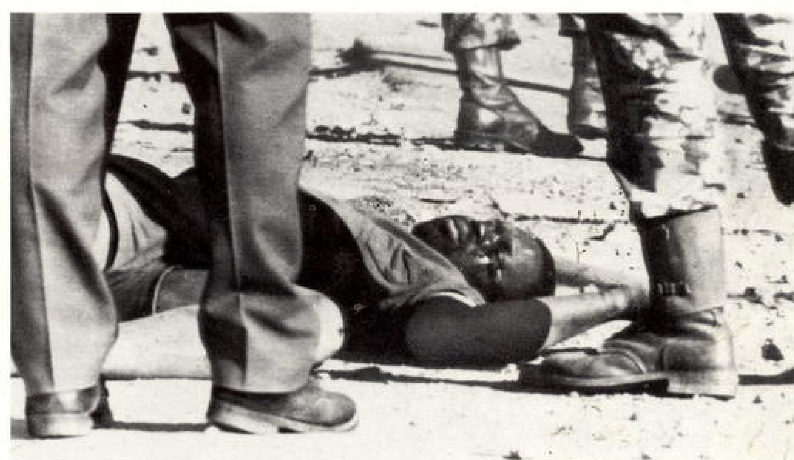


16. Juni. Überall werden Teilnehmer an Streiks afrikanischer Arbeiter, an Schüler- und Studentendemonstrationen und Gedenkkundgebungen für die Opfer von Soweto von der Polizei zusammengeschlagen, zusammengeschossen. Mehr als 500 Afrikaner sterben im Kugelhagel der Polizei, mehr als 2000 werden verletzt.
So versucht die weiße Minderheit ihre Herrschaft über die gewaltige Mehrheit der Afrikaner aufrechtzuerhalten.

Soweto (South Western Township – Südwestliches Stadtgebiet), das sind 100000 Hütten, die sich in endloser Gleichförmigkeit über die baumlosen Hänge des Hochveld-Plateaus hinziehen, kilometerlang, eine Reihe hinter der anderen, mit oft ungepflasterten Straßen, Hütten häufig ohne elektrisches Licht (1976 waren es 83,6 Prozent), oft ohne Wasser (über 30 Prozent), kleine, überfüllte Backsteinhäuser, ein riesiges Wohnlager auf 40 Quadratkilometern, das größte in Südafrika.

Afrikaans: Eine Tochtersprache des Niederländischen, die sich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aus der niederländischen Muttersprache der ersten Kolonisatoren in Südafrika entwickelt hat. Seit 1875 ist sie Schriftsprache, seit 1926 neben Englisch Landessprache der Republik Südafrika.

Afrikaner: Bezeichnung für Angehörige der negriden Rassengruppe. Die früher besonders von den kolonialen Eroberern eingeführten Begriffe Neger bzw. in Südafrika Bantu werden von vielen Afrikanern heute als diskriminierend abgelehnt. Die Bezeichnung Schwarze wenden südafrikanische Revolutionäre anstelle des Begriffs Nichtweiße an.



Ein ermordetes Kind wird aus dem Polizeifeuer getragen.

Schwerverletztes Opfer des Polizeimassakers


Südafrika
0 100 200 300 400 500 km
B O T S W A N A
N a m i b i a*
Südrhodesien (Simbabwe) (brit.)
Limpopo
Pietersburg
Drakensberg
Transvaal
Pretoria
Johannesburg
Nelspruit
Mafeking
Witwatersrand
Vereeniging
Mbabane
SWAZI-LAND
VR MOÇAMBIQUE
Klerksdorp
Vryburg
Vaal
S Ü D A F R I K A
Oranje Vrystaat
Oranje Free State
Kimberley
Bloemfontein
Maseru
LESOTHO
Natal
Empangeni
Pietermaritzburg
Durban
Oranje
Kaap / Cape
Middelburg
Transkei
Alice
East London
Port Elizabeth
Robbeneiland
Kaapstad (Cape Town)
Simonstown
ATLANTISCHER OZEAN
INDISCHER OZEAN
Zentren des Kampfes gegen die Apartheid von Juni bis August 1976
Staatsgrenze
Provinzgrenze
1 Krugersdorp
2 Benoni
3 Germiston
4 Nigel
5 Carletonville
6 Vanderbijlpark
* Territorium unter direkter Verwaltung der UNO; z. Z. widerrechtlich von der Republik Südafrika besetzt.

Das Massaker am Pranger

Die Nachricht vom Blutbad in Soweto fliegt über ganz Südafrika, über den afrikanischen Kontinent, um die Welt. Noch bevor sich der Abend über das brodelnde Soweto gesenkt hat, sind die ersten Informationen über das Massaker an die Weltöffentlichkeit gelangt. Eine Welle der Empörung erfaßt in wenigen Tagen Millionen Menschen. Besonders in den sozialistischen Staaten und in Afrika ist der Protest verbunden mit der neuerlichen Anklage des Imperialismus, der seit Jahrzehnten eine der Hauptstützen des Rassistenregimes in Südafrika ist.

Das rasche Reagieren der Weltöffentlichkeit auf die blutigen Ereignisse in Südafrika zwingt die imperialistischen Regierungen zu taktischem Schachzug: Sie weisen ihre UNO-Botschafter an, sich auf der vom UNO-Sicherheitsrat einberufenen Dringlichkeitssitzung nicht gegen eine das Massaker von Soweto verurteilende Resolution zu stellen. Unangenehm berührt von dem Blutbad in Soweto ist man besonders in Bonner Regierungskreisen, ist doch ein einwöchiger Besuch des südafrikanischen Mi-

Demonstration in London



Soweto bedeutet das Massaker an Unschuldigen, es bedeutet zügellosen faschistischen Terror, es bedeutet sich austobender Rassismus, das Bersten eines Dammes in einen blutigen Strom... Soweto ist all dies, und doch viel mehr... Soweto bedeutet den Aufbruch eines ganzen Volkes, das Signal zum Aufstand, der Vorbote der Morgendämmerung nach einer langen, scheinbar endlosen Nacht entsetzlicher Qualen durch Apartheid, Unterdrückung und Knechtschaft.

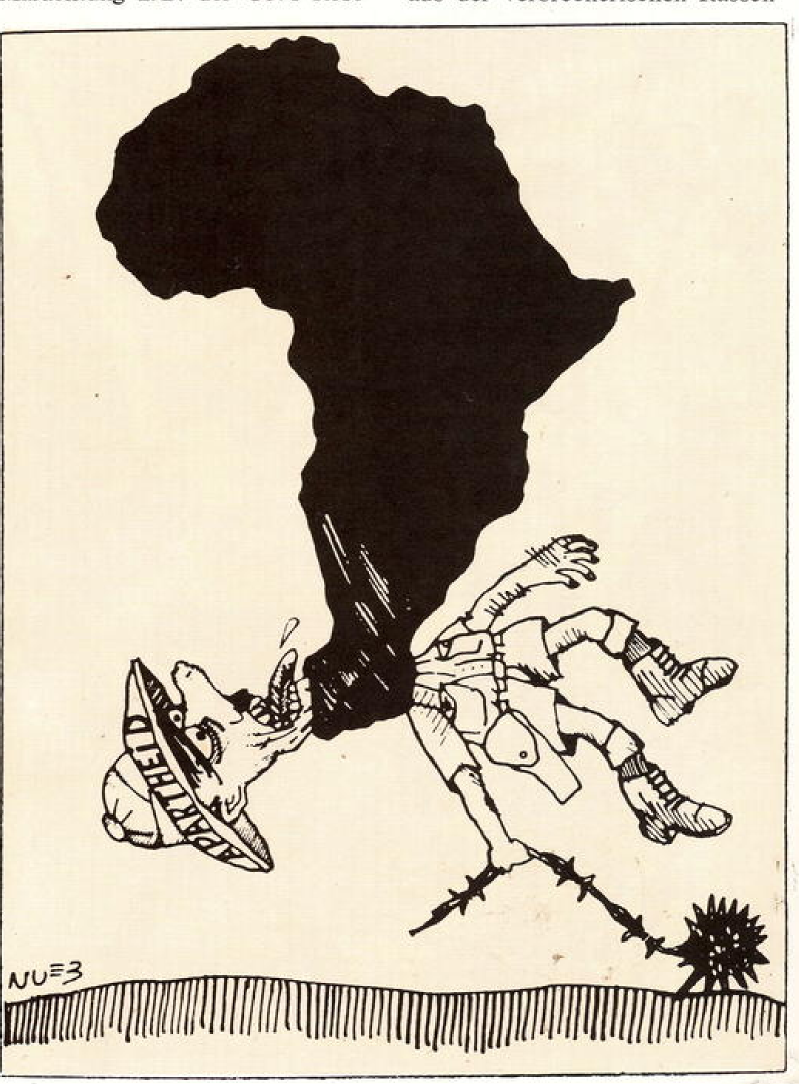
Romesh Chandra,
Generalsekretär
des Weltfriedensrates

Die DDR kann nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß diejenigen, die ihre Zusammenarbeit mit diesem Regime selbst angesichts der jüngsten Ereignisse fortsetzen, zur weiteren Aufrechterhaltung der Herrschaft des Apartheidregimes beitragen und den afrikanischen Völkern in ihrem gerechten Kampf in den Rücken fallen.

Aus der Erklärung des Außenministers der DDR im Namen des Ministerrates

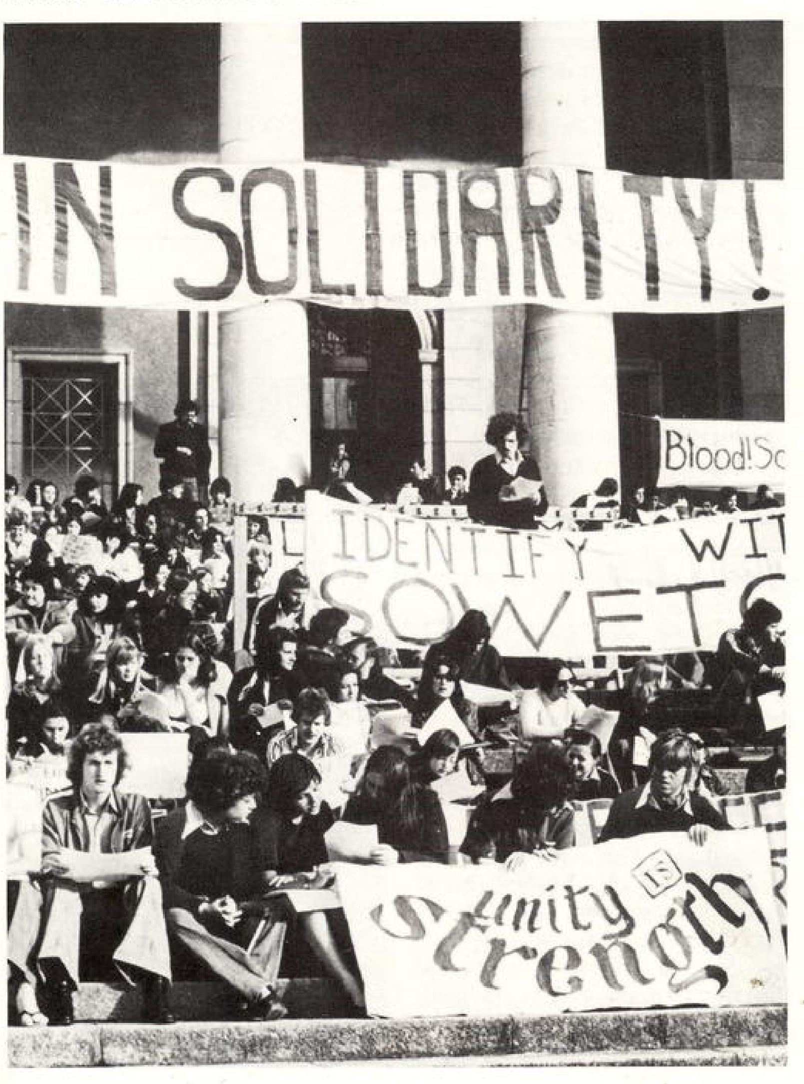
nisterpräsidenten Balthasar John Vorster in der BRD vorgesehen. Kanzler Helmut Schmidt befindet sich in Schwierigkeiten. Zum einen hält er es mit Rücksicht auf die Meinung der Weltöffentlichkeit für geraten, Frostigkeit gegenüber Vorster zu demonstrieren, zum anderen aber beruhigt er gleichzeitig die deutschen Imperialisten und die Machthaber in Südafrika dadurch, daß er den Regierungssprecher Bölling betonen läßt, Bonn gehe es nicht darum, „jemanden auf die Anklagebank zu zerren und wirtschaftliche Sanktionen anzudrohen." Ähnlich verhalten sich führende Politiker der Regierungen in Washington, Paris, London und Tokio. Man gibt sich entrüstet über die Morde in Soweto, ist aber nicht bereit, die Politik der jahrelangen Mißachtung z. B. der UNO-Resolutionen über wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen Südafrika und über ein konsequentes Waffenembargo aufzugeben.

Die jahrelange ökonomische, politische und militärische Zusammenarbeit der imperialistischen Hauptmächte mit Südafrika ist heute enger denn je. Da hierdurch das Apartheidregime entscheidend gestützt wird, sind die Herrschenden jener Länder mitverantwortlich für die verbrecherische rassistische Politik in Südafrika. Die Isolierung des Rassistenregimes durch alle Staaten der Erde halten die Patrioten Südafrikas für eine wichtige Hilfe im Befreiungskampf der Afrikaner gegen dieses Regime. Die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft und die meisten Entwicklungsländer haben aus der verbrecherischen Rassen-



politik der Regierung Südafrikas schon lange ihre Konsequenzen gezogen und unterhalten keinerlei Beziehungen zu diesem Staat.
Die Versuche verantwortlicher Politiker imperialistischer Regierungen, durch scheinheilige Kritik am Massaker von Soweto die Mitverantwortung des Weltimperialismus zu verschleiern, haben keinen Erfolg gehabt. Wohl noch nie zuvor ist im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Rassismus in Südafrika die internationale Protestbewegung so breit gewesen, hat das internationale Monopolkapital und das Apartheidregime derart am Pranger gestanden wie nach Soweto. Dieses Blutbad ist eine „Herausforderung des Weltgewissens", heißt es im Beschluß der Ministerratstagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 24. Juni bis 3. Juli 1976 auf Mauritius. Noch vor zwei Jahrzehnten haben die Völker der Mehrheit der heutigen Mitgliedsstaaten der OAU selbst unter der mit der Kolonialherrschaft verbundenen Rassendiskriminierung gelitten. Das Massaker von Soweto ist daher für das befreite Afrika Anlaß, die Befreiungsbewegung Südafrikas noch entschlossener politisch, ökonomisch und militärisch zu unterstützen, Anlaß, noch klarer die allseitige Isolierung des Rassistenregimes zu fordern. Unmißverständlich verurteilt die Tagung auf Mauritius „die bewußte Politik gewisser westlicher Mächte, die in flagranter Verletzung von Resolutionen der Vereinten Nationen das Rassistenregime stützen und ausrüsten..."

Apartheid: Begriff aus dem Afrikaans – Absonderung bzw. getrennte Existenz. Die südafrikanischen Rassisten übersetzen ihn offiziell mit getrennter Entwicklung. Apartheid ist die auf Rassentrennung und -diskriminierung beruhende Ideologie und Praxis besonders jener Teile des südafrikanischen Monopolkapitals, deren Vertreter sich gegenwärtig an den Schalthebeln der Regierungsmacht befinden. Apartheid ist Inbegriff der brutalsten Form eines durch zahllose Gesetze amtlich abgesicherten Rassismus, ein auf Rassendiskriminierung beruhendes System zur ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung schwarzer Südafrikaner.



Weiße Studenten der Universität Kaapstad protestieren gegen den Terror in Soweto.



Keine Ruhe für Vorster und Co.

Ende Juni atmen die Rassisten in Südafrika auf: Mit Hilfe von Schlagstöcken und Kugeln, von Verhaftungen und Verbannungen schienen Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. Ein Trugschluß, wie sich sehr bald zeigen sollte. Unruhe hat die Afrikaner erfaßt und wenige Wochen nach dem 16. Juni, am 4. August, ist Soweto erneut Ausgangspunkt heftiger Ausein-



Demonstration in Soweto am 16. Juni 1976

andersetzungen zwischen der Polizei und afrikanischen Demonstranten. 20 000 Afrikaner ziehen nach Johannesburg. Sie fordern für Schwarze und Weiße gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Aufhebung der Rassendiskriminierung, die Abschaffung der rassistischen Gesetze, die Freilassung der inhaftierten Kämpfer gegen den Rassismus. Und es werden auch Forderungen nach einem freien, demokratischen Südafrika laut.

Auch diesmal kann die Polizei nur mit großer Mühe den Marsch in die City Johannesburgs stoppen. Wieder schießt sie, wieder gibt es Tote und Verwundete unter den Demonstranten. Auch in anderen Gettos schlägt die Empörung der Bevölkerung in Aktionen um. Ende August streiken in einigen Industriezentren Tausende von afrikanischen Werktätigen. Die weißen Bosse warten vergeblich auf ihre schwarzen Arbeiter. Im Gebiet von Johannesburg liegt ein großer Teil der Industrie lahm. Mitte September kommt es zu Straßenschlachten in Kapstadt, vor allem zwischen Mischlingen und der Polizei; nach offiziellen Angaben werden dabei 29 Menschen getötet. Und zur selben Zeit sind erneut Unruhen in Soweto.

Diese Erhebungen der Afrikaner künden davon, daß die rassistische, imperialistische Herrschaft am Kap der Guten Hoffnung erschüttert ist. Die schwarzen Südafrikaner sind sich ihrer Kraft bewußter geworden. Die Antwort der Rassisten auf die Erhebung von Soweto zeigt aber auch, daß die herrschende Klasse in Südafrika nicht bereit ist, die wesentlichen Inhalte der Apartheid aufzugeben. Sie antwortet mit brutaler Gewalt, mit Terror.

Unterstützt werden die Machthaber dieses Staates dabei von vielen Weißen Südafrikas. Nach wie vor ist der Platz eines Bewohners Südafrikas bestimmt durch seine Hautfarbe, durch seine amtliche Einstufung als Weißer.

Die Bevölkerung der Republik Südafrika 1977

		Prozent
Weiße	4 300 000	16,5
Mischlinge	2 400 000	9,2
Südafrikaner asiatischer Herkunft	746 000	2,8
Afrikaner	18 600 000	71,5
	26 046 000	100,0



Der Zornausbruch des leidgeprüften Volkes der Republik Südafrika (RSA), durch den heldenhaften Aufstand von Soweto eingeleitet, kann als eine der ruhmreichsten Seiten der Geschichte des antikolonialistischen, antiimperialistischen und antirassistischen Kampfes in Afrika eingeschätzt werden. Dadurch wurde die revolutionäre Bewegung in der RSA auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben.

Yusuf Dadoo,
Vorsitzender der Südafrikanischen Kommunistischen Partei



Südafrikanisches Bürgerrecht ist nur für Weiße. So sehe ich es, so sehen Sie es und so werden wir es in Zukunft sehen.

Vorster auf einem Rassistentreffen in Durban 1970

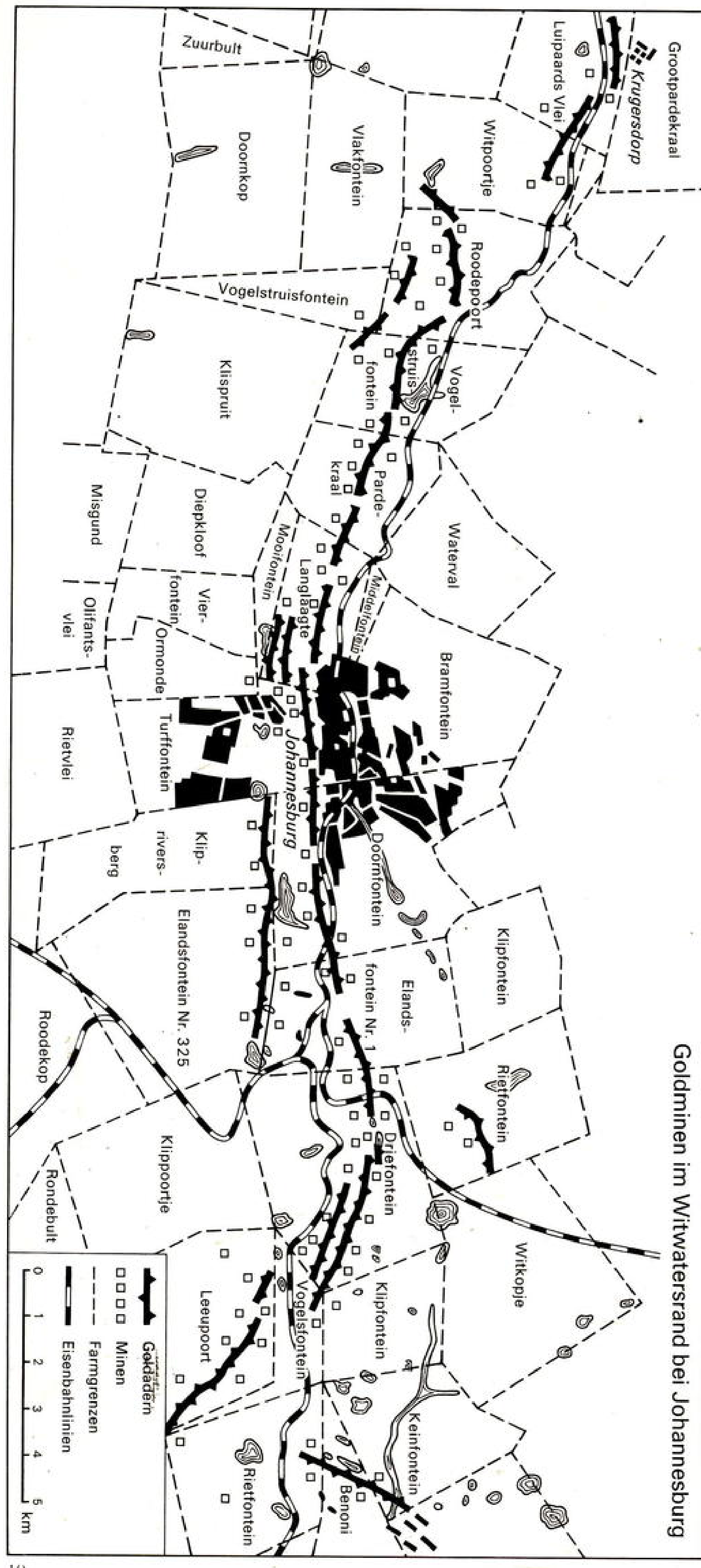
als Afrikaner, Mischling oder Asiat. Etwa 200 Gesetze sichern die vielschichtige Rassendiskriminierung der Schwarzen juristisch ab, bringen den Weißen – ob sie nun zur herrschenden Klasse gehören oder nicht – viele Vorrechte und ermöglichen ihnen nicht zuletzt einen hohen Lebensstandard. Viele Weiße Südafrikas sind seit Soweto nicht mehr so sicher, daß ihre Privilegien ewig sein werden. Sie haben das Gefühl, auf einem Pulverfaß zu sitzen. Wie kann man verhindern, daß es zur Explosion kommt, fragen sie. Die einen glauben, die Rettung sei eine weitere Verstärkung der Apartheid, die anderen sehen sie darin, die Apartheid an der Oberfläche zu reformieren. Diejenigen unter den Weißen, die die rassistische Politik konsequent ablehnen und bekämpfen, werden genau wie die Schwarzen verfolgt, verhaftet, verbannt. Noch ist die Zahl dieser Weißen klein. Die Mehrheit sieht sich – nicht anders als ihre Vorfahren – als Herr, als Boß, als Baas über die Schwarzen. Seit Generationen haben sie ein Geschichtsbild aufgebaut, in dem die Kolonialisierung Südafrikas, die Unterjochung, Niederhaltung und Ausrottung afrikanischer Völker gerechtfertigt wird.

Als vor mehr als 300 Jahren, im April 1652, Jan van Riebeeck für die Niederländische Ostindische Kompanie Amsterdamer Kaufleute in der Tafelbucht am Kap der Guten Hoffnung ein Palisadenfort errichtete (als Versorgungsdepot und Ankerplatz auf halber Strecke zwischen den Niederlanden und ihren Kolonien in Südostasien) nahm die Versklavung der Völker im Süden Afrikas ihren Anfang. Überall in der Welt, wo Kolonien entstanden, wurden die Einwohner der betroffenen Länder unterjocht, oft fast ausgerottet; stets war dabei der Rassismus ein wichtiges Instrument in den Händen der Kolonialmächte. Doch nirgendwo entstand ein derartiges gesetzlich verankertes System der Rassendiskriminierung wie im südlichen Afrika. Die Weichen für diese Entwicklung wurden vor 100 Jahren gestellt.

Diamanten und Gold

Auf der Weltausstellung in Paris 1867 erregte ein großer Diamant, der den Namen des damaligen Gouverneurs der britischen Kapkolonie, Woodhouse, trug, Aufsehen. Der „Woodhouse"-Diamant aber war, wie sich zeigen sollte, nur ein Vorbote weiterer Funde. Als wenig später ein Diamant von 86 Karat, der „Stern von Südafrika", gefunden wurde, strömten Glücksritter, Abenteurer und vom Diamantenfieber gepackte „ehrbare" Bürger aus vieler Herren Länder zu den Flüssen Vaal und Oranje. Doch die Ausbeute an den Flußufern und den ausgetrockneten Bächen blieb gering. Da stellten im Jahre 1870/71 Funde auf der Hochebene zwischen den Flüssen Vaal und Modder alle Theorien über Fundorte in Frage. Einige Hügel, dort, wo heute das Diamantenzentrum Kimberley ist, erwiesen sich als ein Lager, das alle bisherigen in den Schatten stellte. Besonders fündig war eine Anhöhe auf der ehemaligen Farm der Brüder de Beer. Die Suche nach Diamanten wurde hier nun systematisch betrieben. Als man entdeckte, daß der „blaue Grund" ab etwa 20 m Tiefe in diesen vulkanischen Durchbruchschloten, den „pipes", diamantenhaltig war, wurde die Förderung auf industrieller Grundlage lohnend.

Zunächst jedoch buddelten sich Tausende auf Parzellen, die oft nur 2 oder 3 m^2 groß waren, in die Tiefe. Es war eine entsetzliche und lebensgefährliche Arbeit. Bald brachen mit den Wänden



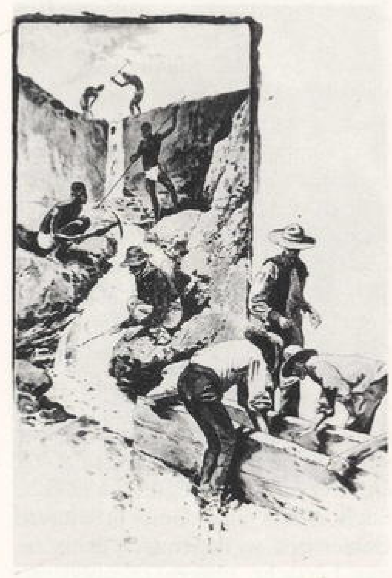
Goldminen im Witwatersrand bei Johannesburg

Karat: Maßeinheit der Masse für Edelsteine, Perlen und Edelmetalle, abgeleitet vom Gewicht eines Samenkorns, wahrscheinlich des Johannisbrotbaumes (griech. keration). 1 k = 0,2 g

zwischen den Löchern die Wege zusammen, und die Diamantensucher mußten sich nun vom Rand der Jahr um Jahr tiefer werdenden Grube zu ihrer Parzelle (claim) hinablassen. Mitte der achtziger Jahre stürzten 300 000 Wagenladungen des Umfassungsgesteins der Grube mit den Gebäuden, Handwinden und Maschinen in das nun schon 130 m tiefe Loch und begruben viele der dort unten mit Spaten und Spitzhacke Schuftenden unter sich.

Die im „Großen Loch" gruben, waren aber nicht mehr die Besitzer der Parzellen. Wie den Goldgräbern in Alaska oder Kalifornien so waren auch den Diamantensuchern die Finanzhaie und Spekulanten gefolgt, die mit List, Betrug und Brutalität die Claims aufkauften. Der Einflußreichste und Mächtigste unter ihnen wurde Cecil Rhodes, ein durch Spekulation mit Claims reichgewordener Pastorensohn aus England. Er wurde schließlich Hauptaktionär der „De Beers Consolidated Mines", die seit Ende der achtziger Jahre die südafrikanische Diamantenförderung zu monopolisieren begann. Damals brachten die Minen des Cecil Rhodes 90 Prozent der Weltförderung an Diamanten. Südafrika war zum bedeutendsten Förderland von Schmuckdiamanten geworden.

Auch als man auf dem Witwatersrand, inmitten der Burenrepublik Transvaal, Goldfelder entdeckte, war Rhodes sofort zur Stelle. 1888 gab es dort 44 Goldbergwerke, und wieder betrieb Rhodes den Zusammenschluß der meisten zu einem Trust, den „Consolidated Gold Fields of South Africa". Bis 1970 wurden in diesen Minen am Witwatersrand Gold im Wert von rund 6 Milliarden Pfund Sterling gewonnen. Das ist der bei

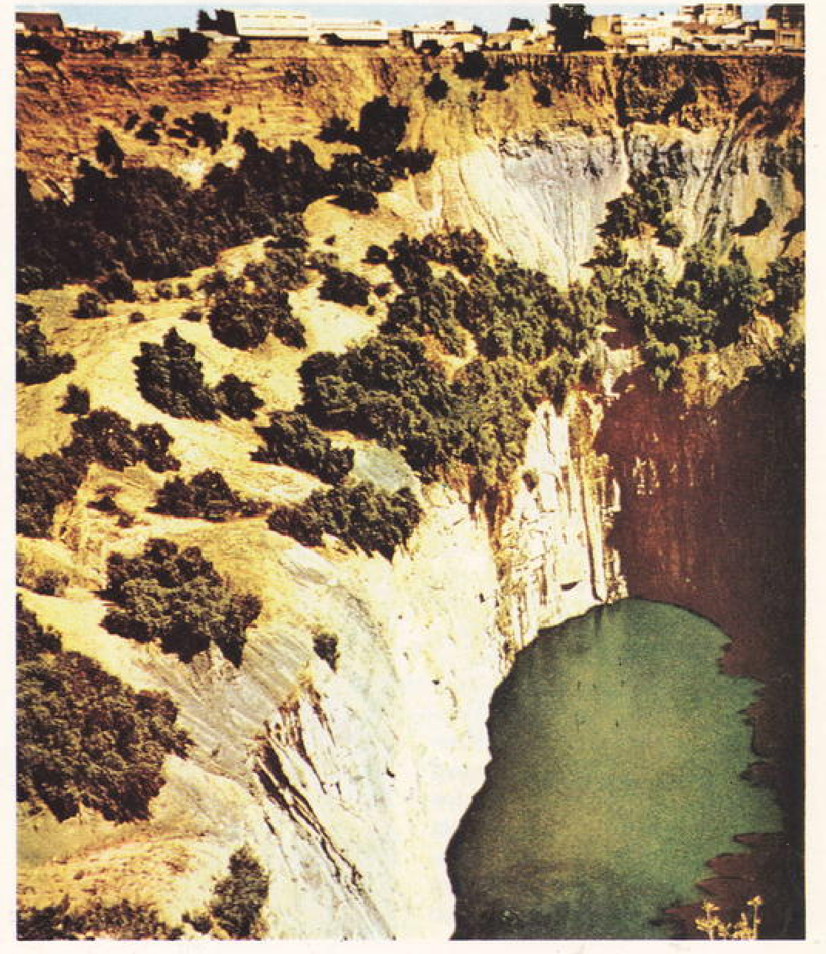


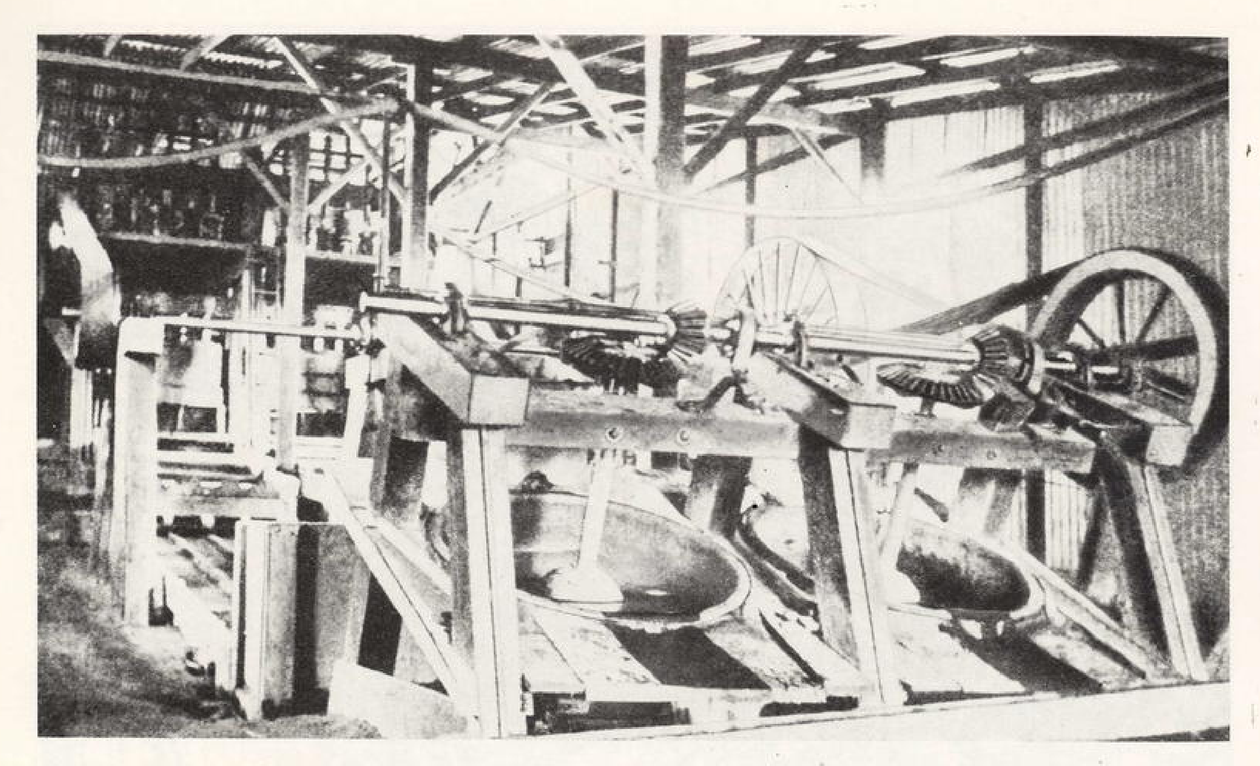
weitem größte Teil allen Goldes, das bis dahin in den kapitalistischen Ländern und den Kolonien gefördert wurde.

Das Entstehen des Großen Lochs bei Kimberley

Goldwäscher

Das Große Loch ist heute zur Hälfte mit Wasser gefüllt.





Goldpochwerk

Buren und Briten

Die Diamanten- und Goldfunde in Südafrika machten in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts diesen Flecken der Erde nicht nur für Abenteurer aus aller Welt interessant. Die beiden britischen Kolonien Natal und Kap in Südafrika, bis dahin durchaus nicht Favoriten unter den Kolonien des Empires, rückten daher stärker in das Blickfeld Londons. Aber so viel Land sich England in Südafrika auch angeeignet hatte, weder das Diamantenfeld von Kimberley noch der Witwatersrand gehörten zu seinem direkten Einflußbereich. Auf das Gebiet bei Kimberley erhob die Burenrepublik Oranje Vrystaat Anspruch und die Goldlager befanden sich



Paul Krüger

mitten in der Südafrikanischen Republik (Transvaal). Doch diese nach dem „großen Treck" der Buren entstandenen Staaten waren bankrott und kaum entwickelt. So war es einer Abteilung der britischen Polizei der Kapkolonie 1871 ein leichtes gewesen, Besitz vom Diamantenfeld bei Kimberley zu ergreifen und den Union Jack über dem Lager am „Großen Loch" zu hissen; sechs Jahre später fiel dann Transvaal und damit auch der Witwatersrand ohne Widerstand in die Hände der Briten. Zu dieser Zeit wußte man, wie gesagt, noch nichts vom Gold in diesem Gebiet und so ließen sich britische und burische Interessen noch unter einen Hut bringen. Da die Briten nicht sonderlich viel dazu taten, Transvaal fest an sich zu binden, machte sich dieses Gebiet drei Jahre später wieder selbständig. Doch die Spannungen zwischen England und den Buren häuften sich nach der Entdeckung der Goldfelder auf dem Witwatersrand in dem Maße, wie die Südafrikanische Republik unter Präsident Paul „Ohm" Krüger die





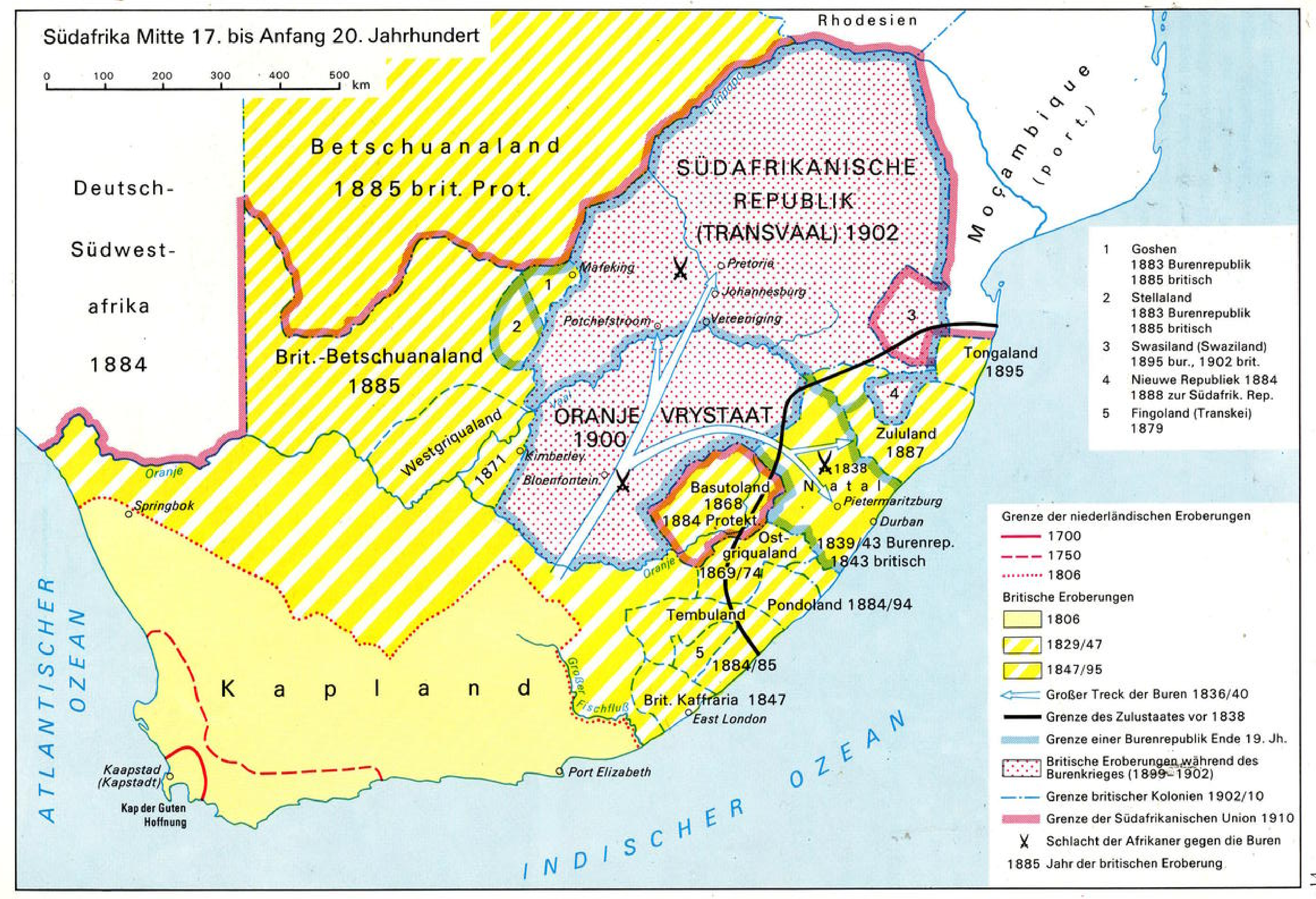


Burenattacke

Cecil Rhodes

Französische zeitgenössische Grafik prangert die Greuel in den Concentration Camps an.

Ausbeutung der Goldminen sowie das Eindringen britischen Kapitals erschwerte und Rückendeckung beim Deutschen Kaiserreich suchte. Von der Haltung der Republik gegenüber den britischen Interessen war zunächst besonders der Großaktionär Cecil Rhodes betroffen, inzwischen einer der reichsten Männer der Welt. Dadurch aber, daß zu dieser Zeit in bezug auf Südafrika seine persönlichen Interessen mit denen des britischen Empires übereinstimmten, konnte Rhodes für einige Jahre zu einer Schlüsselfigur britischer Kolonialexpansion in diesem Gebiet werden. Durch den Beginn der deutschen kolonialen Eroberung



Südafrika Mitte 17. bis Anfang 20. Jahrhundert
0
100
200
300
400
500 km
Deutsch-
Südwest-
afrika
1884
Betschuanaland
1885 brit. Prot.
Brit.-Betschuanaland
1885
SÜDAFRIKANISCHE
REPUBLIK
(TRANSVAAL) 1902
Rhodesien
Moçambique
(port.)
Limpopo
Mafeking
Pretoria
Johannesburg
Potchefstroom
Vereeniging
Vaal
Westgriqualand
1871
Kimberley
Bloemfontein
ORANJE VRYSTAAT
1900
Oranje
Springbok
Tongaland
1895
Zululand
1887
1838
Natal
Pietermaritzburg
Durban
Basutoland
1868
1884 Protekt.
Ost-
griqualand
1869/74
1839/43 Burenrep.
1843 britisch
Pondoland 1884/94
Tembuland
5
1884/85
Brit. Kaffraria 1847
East London
Großer Fischfluß
Kapland
Port Elizabeth
Kaapstad
(Kapstadt)
Kap der Guten
Hoffnung
ATLANTISCHER
OZEAN
INDISCHER OZEAN
1 Goshen
1883 Burenrepublik
1885 britisch
2 Stellaland
1883 Burenrepublik
1885 britisch
3 Swasiland (Swaziland)
1895 bur., 1902 brit.
4 Nieuwe Republiek 1884
1888 zur Südafrik. Rep.
5 Fingoland (Transkei)
1879
Grenze der niederländischen Eroberungen
1700
1750
1806
Britische Eroberungen
1806
1829/47
1847/95
Großer Treck der Buren 1836/40
Grenze des Zulustaates vor 1838
Grenze einer Burenrepublik Ende 19. Jh.
Britische Eroberungen während des Burenkrieges (1899–1902)
Grenze britischer Kolonien 1902/10
Grenze der Südafrikanischen Union 1910
Schlacht der Afrikaner gegen die Buren
1885 Jahr der britischen Eroberung

in Südwestafrika (dem heutigen Namibia) und in Ostafrika wurde Cecil Rhodes 1884 zur Eile gedrängt. Um eine die Interessen des Britischen Empires gefährdende Vereinigung der Burenrepublik Transvaal und Deutsch-Südwestafrika zu verhindern, veranlaßte Rhodes die Annexion Betschuanalands (des heutigen Botswana), und wenige Jahre später, Anfang der neunziger Jahre sorgte Rhodes, der inzwischen Ministerpräsident der Kapkolonie geworden war, für die Eroberung der nördlich von Transvaal gelegenen Gebiete (1895 nach ihm benannt: Rhodesien). Im selben Jahr noch versuchte eine bewaffnete Gruppe mit seiner Billigung durch einen Handstreich die beiden Burenrepubliken Oranje Vrystaat und Transvaal zu nehmen. Dieser Versuch scheiterte jedoch kläglich. Die britische Regierung hielt es für angebracht, sich von diesem Unternehmen offiziell zu distanzieren; Rhodes aber wurde für das Mißlingen des Raubzuges bestraft – er verlor seinen Posten als Ministerpräsident. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. schickte Krüger am 3. Januar 1896 ein Telegramm, die sogenannte Krüger-Depesche, in dem er den Präsidenten der Burenrepublik zur Abwehr des von Rhodes inszenierten Überfalls beglückwünschte.

Der Telegrammtext wurde in Großbritannien als feindseliger Akt und als Einmischung gewertet. Die Krüger-Depesche trug dazu bei, den deutsch-britischen Gegensatz zu verstärken. Aber noch war die Zeit für eine offene Konfrontation zwischen dem entstehenden britischen und deutschen Imperialismus nicht reif. Zu dieser Erkenntnis mußten schließlich auch die Buren um Krüger kommen, als sie wenige Jahre später, in der bewaffneten Auseinandersetzung mit Großbritannien im sogenannten Burenkrieg (1899 bis 1902), nicht die erhoffte Hilfe von deutscher Seite erhielten. Dieser britische imperialistische Kolonialkrieg endete mit der Annexion Transvaals und des Oranje Vrystaates durch die Briten. Im Frieden zu Vereeniging erhielten die Buren die Zusicherung auf Selbstverwaltung. Der Krieg war von den Briten mit außerordentlicher Grausamkeit geführt worden. Unter anderem internierten sie etwa 120 000 Buren in Konzentrationslagern, in denen infolge der dort herrschenden Verhältnisse nicht weniger als 20 000 Menschen, zumeist Frauen und Kinder, starben. Der größte Teil der 20 000 verhungerten. Wie hoch die Opfer unter den ebenfalls von den Briten internierten 50 000 Afrikanern war, ist aus keiner Statistik zu erfahren.



Louis Botha, ehemaliger Burengeneral, erster Ministerpräsident der Südafrikanischen Union



Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit ihrem Volk gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.

Die „Krüger-Depesche" Wilhelms II.

Der Gegensatz zwischen Buren und Briten schien nach diesem Krieg unüberbrückbar. Doch hatten die burischen Farmer und die meist britischen Herren der Diamanten- und Goldgruben ein sie verbindendes gemeinsames Interesse: die Fortsetzung der schrankenlosen Ausbeutung und Unterdrückung der Afrikaner. Die von Großbritannien Jahre zuvor scheinheilig angeprangerte sklavenähnliche Ausbeutung der Afrikaner durch die Buren erwies sich nun als nützlich für die Buren und für die Engländer. Die billigen, total rechtlosen afrikanischen Arbeitskräfte waren eine Profitquelle ersten Ranges, die es gemeinsam zu erhalten galt.

Am 31. Mai 1910, auf den Tag genau acht Jahre nach dem Frieden von Vereeniging, trat die Verfassung der inzwischen gebil-

Buren: Nachkommen der niederländischen, z. T. auch deutschen und französischen (hugenottischen) Einwanderer aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Sie unterwarfen die eingeborene Bevölkerung und führten die Sklaverei ein. Ein Teil zog in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus den von Großbritannien annektierten Kapland und Natal in das Innere Südafrikas (Großer Treck) und gründete dort eigene Staaten.

Der Dominion-Status wurde zunächst nur „weißen" britischen Kolonien zugestanden und gestattete eine meist weitgehende Selbstregierung. Nach dem Westminsterstatut (1931) erhielten die Dominions Selbständigkeit in Fragen der Innen- und Außenpolitik sowie die formale Gleichberechtigung mit Großbritannien.

deten Südafrikanischen Union (SAU) in Kraft. Die ehemaligen Burenstaaten Transvaal und Oranje Vrystaat sowie die ehemaligen britischen Kolonien Natal und Kap wurden zu den vier Provinzen der Union umgewandelt, Regierungssitz wurde Pretoria, Sitz des Parlaments Kaapstad. Die Union erhielt wie Australien und Kanada den Status eines Dominion im britischen Empire. Laut Unionsverfassung konnten in das Parlament nur Weiße gewählt werden.
Die Auseinandersetzungen zwischen Buren und Briten in den vorausgegangenen Jahrzehnten waren letztlich Auseinandersetzungen zwischen zwei kolonialen Eroberern, die beide die einheimische Bevölkerung teils ausrotteten, teils versklavten. Die afrikanischen Stämme und Völkerschaften kämpften heldenhaft gegen diese Feinde. Ein Beispiel dafür ist der Kampf der Sulu um ihre Freiheit.

Der afrikanische Widerstand

Im Morgengrauen des 11. Januar 1879 überquerte rund 150 km nördlich der heutigen Provinzhauptstadt Natals, Pietermaritzburg, eine britische Invasionstruppe am Buffalofluß die Grenze des Sulureiches, um die stolzen Sulu unter der Führung ihres Oberhäuptlings Cetywayo zu unterjochen und die vollständige britische Kontrolle über die gesamte Ostküste Südafrikas bis Moçambique zu erreichen. Die 1 800 Mann, ausgerüstet mit modernen Martini-Henry-Gewehren, stießen elf Tage später an den Hügeln von Isandhlawana auf die mit Speeren und



Die Schlacht bei Isandhlawana. Britische Truppen in Bedrängnis

Häuptling Cetywayo auf dem Weg in die Gefangenschaft

schlugen seine Krieger, machten sein Hauptlager dem Erdboden gleich und führten ihn selbst in die Gefangenschaft nach Kaapstad.
Die Ereignisse dieses Jahres sind symptomatisch für die Geschichte des jahrhundertelangen Widerstandes der Afrikaner gegen koloniale Versklavung. Immer wieder stellten sich afrikanische Stämme und Völkerschaften des Südens kühn den vordringenden





Schilden bewaffneten Suluverbände. Ein erbitterter Kampf entbrannte. Als sich der Abend über das Schlachtfeld senkte, hatten die Eindringlinge eine schwere Niederlage erlitten. Nur ein Sechstel der britischen Soldaten, 350 Mann, konnten sich in panikartiger Flucht retten. Begeistert schrieb Friedrich Engels damals über den Kampf der Sulu: „Nur mit Lanzen und Wurfspeeren bewaffnet, ohne Feuergewehr, sind sie im Kugelregen der Hinterlader der englischen Infanterie – der anerkannt ersten der Welt für das geschlossene Gefecht – bis an die Bajonette vorgerückt und haben sie mehr als einmal in Unordnung gebracht und selbst geworfen, trotz der kolossalen Ungleichheit der Waffen ..."
Wenige Monate später jedoch fielen mächtige britische Streitkräfte in das Reich Cetywayos ein,



Xhosa-Krieger Anfang des 19. Jh.

Zulu-Häuptling Dingane

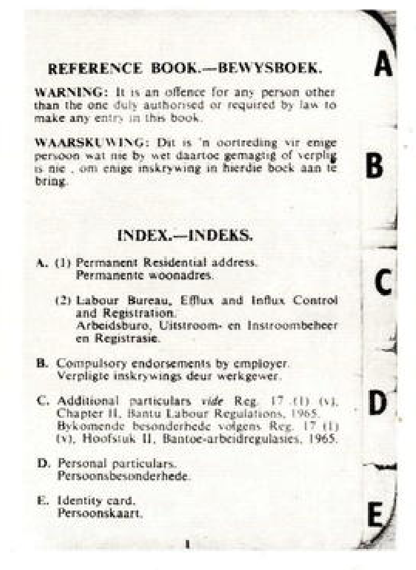
Zulu-Häuptling Shaka

Buren und Briten entgegen. Namen von Häuptlingen wie Hintsa und Makana von den Xhosa, Dingiswayo, Shaka und Dingane von den Sulu, Mzilikaze von den Ndebele, Moshweshwe von den Basotho, Sekkukhuni von den Pedi sind zu Symbolen dieses heldenhaften Kampfes geworden, eines Kampfes, der heute noch in Überlieferungen lebendig ist. Doch die kolonialen Eroberer trugen in allen Kämpfen letztendlich den Sieg über die Afrikaner davon. Die Ursachen lagen nicht nur darin, daß die britischen Kolonialtruppen und die Buren mit Feuerwaffen und die Afrikaner mit Speer und Schild ausgerüstet waren, sondern vor

allem darin, daß die afrikanischen Stämme und Völkerschaften einzeln und nicht vereint gegen die Eroberer kämpften, gegeneinander ausgespielt und einzeln geschlagen werden konnten.
Am Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Briten und die Buren alle Stämme und Völkerschaften Südafrikas unterworfen und sich das ganze Territorium angeeignet.

Mayibye i'Afrika

„Gebt uns Afrika wieder"; „Komm zurück Afrika", dieser Kampfruf der Afrikaner zeigte den Machthabern in der Südafrikanischen Union, daß die afrikanische Bevölkerung sich nicht mit ihrer Unterjochung abgefunden hatte. Der Ruf war von jenen Afrikanern zu hören, die aus der Geschichte ihrer Völker gelernt hatten, die erkannt hatten, daß Zwiste und Feindseligkeiten der Stämme untereinander überwunden werden mußten, wenn sie ihren Unterdrückern erfolgreich begegnen wollten. „Wir sind ein Volk", diese Worte waren politisches Bekenntnis einer Reihe von afrikanischen Intellektuellen und Häuptlingen. Um den Kampf für die Vereinigung aller afrikanischen Stämme und gegen die weitere Versklavung und Entrechtung der Afrikaner mit Erfolg führen zu können, gründeten sie am 8. Januar 1912 den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Der vom ANC unter der Losung „Mayibuye i'Afrika" geführte Widerstandskampf richtete sich in den folgenden Jahrzehnten vor allem gegen das „Eingeborenen-Gesetz" (1913), das „Gesetz über die städtischen Wohngebiete der Eingeborenen" (1923) sowie gegen die Paßgesetze. Diese die Afrikaner diskriminierenden Gesetze sind – mehrmals abgewandelt – noch heute Eckpfeiler der Apartheid. Nach dem „Eingeborenen-Gesetz" standen den Afrikanern 7,3 Prozent des Territoriums der Union als „Reservate" zu. Außerhalb dieser „Reservate" hatten sie kein Recht auf Grund und Boden.



REFERENCE BOOK.—BEWYSBOEK.

WARNING: It is an offence for any person other than the one duly authorised or required by law to make any entry in this book.

WAARSKUWING: Dit is 'n oortreding vir enige persoon wat nie by wet daartoe gemagtig of verplig is nie, om enige inskrywing in hierdie boek aan te bring.

INDEX.—INDEKS.

A. (1) Permanent Residential address.
Permanente woonadres.

(2) Labour Bureau, Efflux and Influx Control and Registration.
Arbeidsburo, Uitstroom- en Instroombeheer en Registrasie.

B. Compulsory endorsements by employer.
Verpligte inskrywings deur werkgewer.

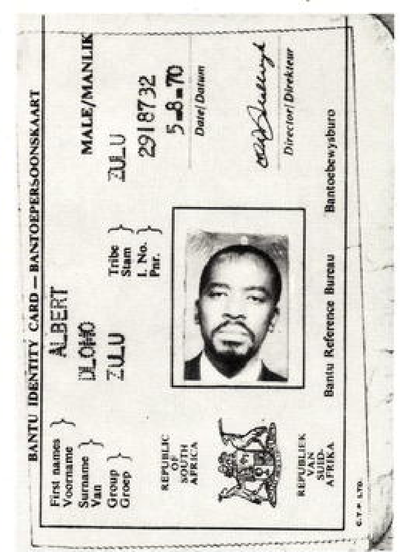
C. Additional particulars *vide* Reg. 17 (1) (v), Chapter II, Bantu Labour Regulations, 1965.
Bykomende besonderhede volgens Reg. 17 (1) (v), Hoofstuk II, Bantoe-arbeidregulasies, 1965.

D. Personal particulars.
Persoonsbesonderhede.

E. Identity card.
Persoonskaart.

1

A B C D E



Identitätskarte
Erste Seite eines „reference book"

Das Gesetz von 1923 verfügte, daß die als Arbeitskräfte außerhalb der Reservate tätigen Afrikaner in „locations" zu leben hatten. Der Zuzug zu diesen Gettos wurde über ein Registrierungssystem reguliert, nach dem Prinzip, daß „der Eingeborene nur dann städtische Gebiete betreten darf..., wenn er bereit ist, für den weißen Mann zu arbeiten und für dessen Bedürfnisse zu sorgen, und daß er sie wieder verlassen muß, wenn er diese Dienste nicht mehr versieht." Grundlage für diese schon seit dem 18. Jahrhundert erprobten Registrierungen waren Kennkarten und seit 1952, der noch heute gültige Paß für Afrikaner, das „reference book". Dieser Paß wurde für die Afrikaner zum sichtbarsten Zeichen ihrer Rechtlosigkeit. Warum? Ständig machte er ihnen deutlich, daß sie der Macht der rassistischen Behörden schutzlos ausgeliefert sind. Jene bestimmen mit den Eintragungen in den Paß unter anderem, wo der Afrikaner in Südafrika zu leben hat, ob er im Reservat bleiben muß, ob und welche Arbeit er ausführen darf. Kein Wunder also, wenn diese Dokumente des Zwanges und der Unterdrückung den Afrikanern verhaßt sind und die ihnen zugrundeliegenden Gesetze besonders bekämpft werden. Höhepunkte dieses Kampfes waren die durch den Afrikanischen Nationalkongreß organisierte Verbrennung von Pässen in den Jahren 1930 und 1960 sowie die machtvollen Demonstrationen Mitte der fünfziger Jahre gegen die Zwangsausgabe von „reference books" auch für afrikanische Frauen.
Aber nicht nur die Afrikaner litten unter den weißen Herren. Um die Jahrhundertwende begannen sich die ebenfalls der Rassendiskriminierung ausgesetzten Nachkommen indischer Plantagenarbeiter in Natal zu organisieren. An ihrer Spitze stand der junge Rechtsanwalt Mohandas Karamchand Gandhi, der die Inder in Natal und Transvaal zu aufsehenerregenden Kampagnen des gewaltlosen Widerstandes, zum bewußten Bruch diskriminierender Verbote führte. Auch die knapp 500 000 Mischlinge begannen sich wie die Inder in Organisationen zusammenzuschließen, die sich den Kampf gegen den Rassismus zur Aufgabe machten.

Demonstration gegen Apartheid in Kaapstad



Das entscheidende Bündnis

Mai 1913. In den Bergwerken auf dem Witwatersrand standen die Förderkörbe still. Das vertraute Geräusch rasselnder Räder, quietschender Seile, das Schlagen der Hacken und Hämmer vor Ort war in diesen Tagen rings um Johannesburg verstummt. 68 000 Bergleute streikten. Ihre Forderungen an die Minenbosse: Anerkennung ihrer Gewerkschaften, Achtstundentag. Jene reagierten mit dem Ruf nach dem starken Arm der Regierung. Die Folge: Polizei- und Armeeeinheiten rückten an, eröffneten das Feuer auf die Streikenden, ermordeten dabei mehrere Bergleute, verletzten über hundert. Der Streik vom Mai 1913 war damals der Höhepunkt in der Geschichte der jungen, Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Arbeiterbewegung Südafrikas.

Zwischen den Organisationen der Afrikaner, Mischlinge und Inder einerseits und der organisierten Arbeiterbewegung andererseits gab es zunächst wenig Zusammenarbeit. Letztere vereinigte fast ausschließlich weiße Arbeiter, meist Einwanderer aus Europa, die nicht selten beträchtliche Vorurteile gegenüber den schwarzen Arbeitskollegen hatten. Die Opportunisten in der Führung der 1909 gegründeten Südafrikanischen Arbeiterpartei zeigten auch keine Neigung, solchen negativen Einstellungen entgegenzutreten. Als sie sich im August 1915 sogar für die Unterstützung der Regierung und des Krieges aussprachen, wurde den linken Kräften in der Partei klar: hier ist kein Platz für revolutionäre Arbeiter. Sie gründeten die Internationale Sozialistische Liga (ISL) und gaben die Zeitschrift „The International" heraus. Welche Grundposition vertrat die ISL? Kompromißlos trat sie gegen den Krieg auf und stellte sich damit in eine Reihe mit den Bolschewiki um Lenin oder den deutschen Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Gleichzeitig handelten sie nach der im „The International" aufgestellten Maxime: „Solange wir die Afrikaner nicht befreien, können wir auch nicht hoffen, die Weißen zu befreien." Das hieß für die ISL praktisch das Bemühen um eine Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen.

Die Kunde vom siegreichen Sturm auf das Winterpalais in Petrograd, vom schweren Kampf zur Verteidigung der Oktoberrevolution in Sowjetrußland drang auch in das ferne Südafrika. Im November 1917 feierte die ISL die Revolution in Rußland als „die Morgendämmerung der Welt". Die südafrikanischen Patrioten ahnten die welthistorische Dimension der Revolution. „The International" schrieb: „Wir sind Zeuge der Entstehung einer weltweiten Gemein-

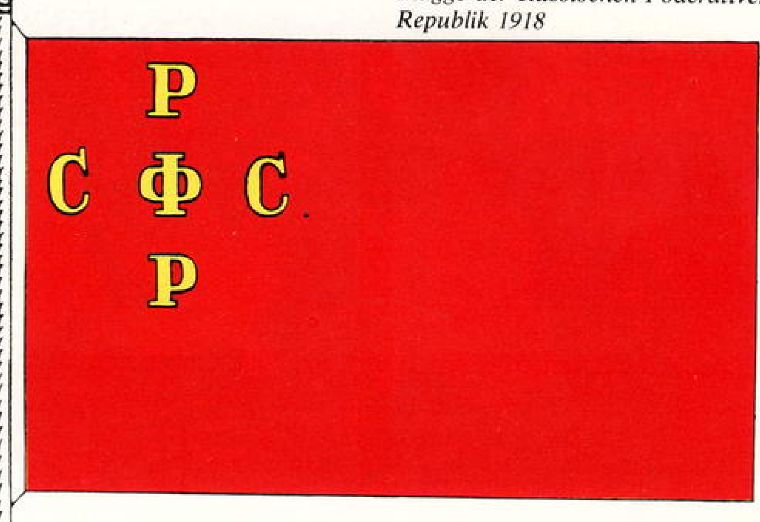
schaft der Arbeiter. Wir müssen unser Volk im Geiste der Prinzipien der Oktoberrevolution erziehen und die Arbeiter so vorbereiten, daß sie jeden Versuch, sie zum Kampf gegen ihre russischen Genossen zu mobilisieren, zurückweisen."

Diese Worte sprechen für sich und weisen die ISL als eine Organisation von Revolutionären, von Internationalisten aus. Kein Wunder, wenn sie entscheidend an der Sammlung aller marxistisch-leninistischen Kräfte des Landes beteiligt war. Im Sommer des Jahres 1921 wurde die Kommunistische Partei Südafrikas gegründet. Es war die erste kommunistische Partei auf dem afrikanischen Kontinent.

Der siegreiche Rote Oktober beeinflußte jedoch nicht nur unmittelbar den revolutionären Kampf in Südafrika. Der Aufbau in der Sowjetunion, besonders die sozialistische Nationalitätenpolitik, fand hier ein breites Echo. Die Tatsache, daß im ehemaligen zaristischen Rußland erstmalig in der Menschheitsgeschichte eine Ordnung entstand, in der nicht eine Ausbeuterklasse durch eine andere abgelöst wurde, sondern eine von Ausbeutung und nationaler Unterdrückung freie Gemeinschaft von Völkern entstand, beeindruckte nicht wenige Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegungen außerordentlich. Einige von ihnen traten der Kommunistischen Partei bei. Im Jahre 1928 kamen von 1750 Mitgliedern über 1600 aus den Reihen der Befreiungsbewegungen. Wie war das Verhältnis zwischen der Partei und dem Afrikanischen Nationalkongreß? In den zwanziger Jahren vertiefte sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen. Der Präsident des ANC, John Gumede, brachte die Haltung zum Ausdruck, die wohl viele Mitglieder des Kongresses bewegte: „Ich bin froh, sagen zu können, daß es in Südafrika Kommunisten gibt. Ich selbst bin kein Kommunist, aber nach meinen Erfahrungen ist die Kommunistische Partei die einzige Partei, die hinter uns steht..."

Das Bündnis zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den Befreiungsbewegungen war allen Reaktionären ein Dorn im Auge. Gleich, ob eingefleischte burische Rassisten, ob als „Arbeiterführer" maskierte Opportunisten – alle liefen Sturm gegen dieses Bündnis. Und sie hatten zunächst Erfolg. Anfang der dreißiger Jahre geriet zum Beispiel die Führung des ANC in die Hände von Intellektuellen, die jede Aktionseinheit mit Kommunisten ablehnten.

Flagge der Russischen Föderativen Republik 1918





Die Hoffnung der Arbeiter kommt vom Bolschewismus. Die freie Republik der Arbeiter ist in Sowjetrußland heute Wirklichkeit geworden... Der Weg zur Vorbereitung ist der Zusammenschluß in den Betrieben. Schließt euch als Arbeiter zusammen, gleich welcher Hautfarbe ihr seid... Solange der schwarze Arbeiter unterdrückt wird, kann der weiße Arbeiter nicht frei sein.

Ivon Jones, Mitbegründer der Kommunistischen Partei Südafrikas in einem Flugblatt 1918



Noch nie gab es ein Volk unter der Sonne, das so in die Ketten der Sklaverei geschlagen war... Warum also nicht erwachen und auf eigenen Füßen stehen? Männer, Frauen und Mädchen, wir müssen die Organisationen unterstützen, die für unsere Freiheit kämpfen.

Johannes Nkosi, Organisator des Befreiungskampfes in Durban, ermordet bei der Kampagne zur Verbrennung der Pässe im Dezember 1930.

Die Haltung der ANC-Führung zur Kommunistischen Partei änderte sich erst in den vierziger Jahren wieder. Und die Kommunistische Partei selbst? Sie war in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre außerstande, erfolgreich sektiererische Auffassungen in den eigenen Reihen zu beseitigen, die das Bündnis aus den zwanziger Jahren mißachteten und die Partei erheblich schwächten. Der leidenschaftliche Appell Georgi Dimitroffs, des großen bulgarischen Revolutionärs, auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 zur Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg trug dazu bei, diese sektiererische Phase in der KP Südafrikas zu überwinden und den südafrikanischen Kommunisten die Sicht auf ihre neuen Aufgaben zu erhellen.

Gegen Faschismus und Apartheid





Anfang der dreißiger Jahre wurde die südafrikanische Öffentlichkeit mit der faschistischen Gefahr konfrontiert. Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und die vom italienischen Faschismus betriebene Annexion Äthiopiens 1935 führten auch in Südafrika zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Faschismus. Während eine Welle der Solidarität mit dem Verteidigungskampf Äthiopiens die südafrikanische Bevölkerung erfaßte – so weigerten sich zum Beispiel afrikanische Hafenarbeiter Versorgungsgüter und Waffen für die italienischen Aggressionstruppen zu verladen –, identifizierten sich beispielsweise Teile der weißen Bevölkerung mit der Herrenvolkideologie des deutschen Faschismus. Ihre Anhänger rührten die Trommeln in Südafrika: die Grauhemden und die Ossewa Brandwag, die Neue Ordnung – eine Gruppe unter Führung des Verteidigungsministers Oswald Pirow – und der „deutsche" profaschistische Flügel der Nasionale Party um Malan. Die Mitglieder einer 1918 gegründeten einflußreichen Organisation burischer Südafrikaner, des Broederbond, zogen im Hintergrund die Fäden.

Im Kampf aller demokratischen Kräfte Südafrikas gegen die faschistische Gefahr verstärkte sich in den vierziger Jahren der Einfluß der Kommunistischen Partei, des ANC und anderer Befreiungs-

Fackelzug der nationalistischen Ossewa Brandwag für ihren Generalkommandanten van Rensburg

Der faschistische deutsche Außenminister von Ribbentrop geleitet den südafrikanischen Verteidigungsminister Pirow zur Audienz bei Hitler

organisationen. Die Kommunistische Partei beispielsweise vervierfachte ihre Mitgliederzahl zwischen 1941 und 1943, viele ihrer Mitglieder wurden in führende Positionen der Gewerkschaften und der Befreiungsorganisationen gewählt.
Die während des zweiten Weltkrieges entstandene verhältnismäßig breite Bewegung gegen den Faschismus konnte jedoch nicht verhindern, daß auf Grund der Ergebnisse der Parlamentswahlen 1948 die Regierungsgewalt in die Hände der Anhänger des Faschisten Malan geriet. „Apartheid" hieß die neue Losung und sie versprach eine weiter verschärfte Politik der Rassendiskriminierung. Um sie leichter durchsetzen zu können, erließ die Regierung im Jahre 1950 das „Gesetz zur Unterdrükkung des Kommunismus". Es war gegen alle demokratischen Kräfte gerichtet. Wer für soziale Veränderungen eintrat, konnte als „Kommunist" verfolgt werden.



Wir kämpften für den christlichen Nationalismus, der ein Verbündeter des Nationalsozialismus ist. Man kann das antidemokratische Prinzip Diktatur nennen, wenn man will. In Italien heißt es Faschismus, in Deutschland Nationalsozialismus und in Südafrika christlicher Nationalismus.

Aus einer Rede Vorsters während des zweiten Weltkrieges



Was hat die vielpopularisierte Politik der Apartheid auf sich? ... Es ist keine neue Politik... Alles, was sie ankündigt, zielt darauf ab, den Nichteuropäer noch stärker zum Sklaven, zum Rechtlosen und Bürger dritter Klasse in dem Land seiner Geburt zu machen.

Aus einem Flugblatt der Kommunistischen Partei 1947

Schwere Schläge und Wiederaufbau

Entschiedene Gegner der Apartheidpolitik waren nicht nur die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die ihren Kampf gegen das Regime nun in der Illegalität fortsetzten. Neben und mit ihnen kämpften Hunderttausende im ganzen Land.
Der kleine Ort Kliptown in der Nähe von Johannesburg wurde am 26. Juni 1955 Schauplatz eines denkwürdigen Ereignisses – einer gewaltigen Kundgebung der Gegner der Rassendiskriminierung. Aus allen Teilen Südafrikas waren Tausende von Männern und Frauen der verschiedensten Klassen und Schichten, Schwarze und Weiße, auf dem großen und zentralen Platz des Ortes zusammengekommen, um ein Dokument zu verabschieden, dessen Inhalt Mitglieder des ANC und anderer Befreiungsorganisationen nach zahllosen Gesprächen mit Gegnern der Apartheid im ganzen Land ausgearbeitet hatten. Rund 3 000 Vertretern der südafrikanischen Bevölkerung gelang es, einzeln oder in Gruppen, zu Fuß oder mit dem Autobus das Stadtzentrum von Kliptown zu erreichen. Viele aber mußten wieder umkehren und den oft langen Weg nach Hause unverrichteterdinge antreten, weil die Polizei Straßensperren errichtet und sie nicht in die Stadt hineingelassen hatte. Rings um den Versammlungsplatz waren Polizisten mit Maschinengewehren postiert. Aber die Kundgebungsteilnehmer ließen sich nicht provozieren und nahmen das erste und bis heute gültige gemeinsame Programm der größten Befreiungsorganisationen an: die Freiheitscharta. Einleitend heißt es dort: „Wir, die Bewohner von Südafrika, erklären vor unserem ganzen Land und vor der Welt, daß Südafrika allen gehört, die es bewohnen, den Schwarzen und den Weißen, und daß keine Regierung sich als rechtmäßig im Amt betrachten kann, solange ihr Mandat nicht auf dem Willen des gesamten Volkes beruht." Klar und einfach abgefaßt, enthält die Freiheitscharta sowohl bürgerlich-demokratische Grundforderungen als auch Forderungen von Maßnahmen zur Liquidierung des Nährbodens für den Rassismus, als den die Verfasser vor allem das Monopolkapital erkennen. Deshalb sollen laut Freiheitscharta Bodenschätze, Banken und Monopole in das Eigentum des Volkes übergeben und der Boden unter diejenigen aufgeteilt werden, die ihn bearbeiten. „Kein Ereignis in der Geschichte der südafrikanischen Befreiungsbewegung... hat so wie



Massendemonstration in Johannesburg

dieses Freiheitsmanifest im Volke Widerhall gefunden" stellte Albert Luthuli fest, der bis zu seinem Tode im Jahre 1968 Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses war. Die Freiheitscharta hatte eine mobilisierende Wirkung auf den gesamten Befreiungskampf in Südafrika. Die Erkenntnis, daß nur gemeinsames Handeln eine Änderung der Lage bringen kann, setzte sich bei immer mehr Afrikanern durch. Das bekamen die Rassisten auf vielfältige Weise zu spüren: Frauen demonstrierten gegen die Paßgesetze, trotz des Streikverbots und zu erwartender harter Repressalien nahmen Tausende von afrikanischen Arbeitern an den vielen Streiks in den großen Industriezentren teil; in den Gettos kam es zu wirkungsvollen Boykottbewegungen. Als beispielsweise das Transportunternehmen PUCTO die Fahrpreise erhöhte, zeigten die Afrikaner ihre Kampfbereitschaft: Oft lange vor Sonnenaufgang machten sich aus vielen Gettos auf dem Witwatersrand die Werktätigen zu Fuß auf den Weg zu ihrem Arbeitsplatz, der nicht selten 15 oder 20 km weit entfernt lag. Und am Abend strömten die Hunderttausende auf den Straßen zurück in die Gettos – die Busse fuhren leer. An den Haltestellen warteten Polizisten auf Afrikaner, die den Bus-Boykott mit ihrer Hilfe brechen sollten. Aber sie warteten zumeist vergeblich. Aber nicht nur das, sie mußten sogar erleben, wie weiße Apartheidgegner mit ihren Fahrzeugen die Afrikaner unterstützten. Ein Triumph der Solidarität! Auf diese Weise wurde erreicht, daß auch viele ältere und behinderte Afrikaner am Boykott teilnehmen konnten. Der Kampf brachte einen vollen Sieg: Das Transportunternehmen mußte die Fahrscheine wieder zum alten Preis verkaufen.

Jede dieser erfolgreichen Aktionen erfüllte die Apartheidgegner mit Stolz und Genugtuung, förderte ihr Zusammenwirken.

Zweifellos stärkte auch der Fortschritt der nationalen Befreiungsbewegung anderer Länder die Kämpfer gegen die Apartheid. Das Kolonialsystem des Imperialismus brach überall immer mehr auseinander. In Afrika zum Beispiel wurden in den fünfziger Jahren sechs Staaten unabhängig. Dann kam das Jahr 1960 – das Afrikanische Jahr.

17 ehemalige Kolonien in Afrika wurden selbständige Staaten – Ereignisse, die Südafrikas Patrioten noch mehr anspornten. Mehr und mehr Apartheidgegner beteiligten sich am Befreiungskampf, der sich Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre wiederholt in Aktionen gegen die Pässe und die Paßgesetze zeigte. Dazu gehörte unter anderem, daß Afrikaner in aller Öffentlichkeit ihre Pässe verbrannten. Das waren Taten, die harte Strafen nach sich zogen, Taten, die aber viele Afrikaner aufrüttelten. Die Rassisten erkannten sehr deutlich, daß die Befreiungsbewegung mehr und mehr Kräfte gewann. Und es gebrauchte seine Macht, sie zu unterdrücken. So ging im März 1960 in Sharpeville, einem Ort südlich der Industriemetropole Johannesburg, gegen demonstrierende Apartheidgegner Polizei mit Waffengewalt vor und erschoß mehr als 50 Afrikaner. Als das ganze Land daraufhin von einer Protestwelle erfaßt wurde, schlug das Regime zu, verbot unter anderem den Afrikanischen Nationalkongreß und kerkerte viele seiner Mitglieder ein. Der ANC aber setzte seine Arbeit fort. Gemeinsam mit Kommunisten bemühten sich viele der nichtinhaftierten Mitglieder des ANC, den Befreiungskampf nun unter den Bedingungen der Illegalität zu organisieren. Fieberhaft suchte die Polizei nach den führenden Funktionären des Afrikanischen Nationalkongresses und der Kommunistischen Partei, die der Verhaftung entgangen waren: Einige von ihnen, zum Beispiel Yusuf Dadoo, Oliver Tambo, John Marks und Moses Kotane,



Wer wird bestreiten, daß ich dreißig Jahre meines Lebens damit verbracht habe, vergeblich, geduldig, maßvoll und bescheiden an geschlossene und verriegelte Türen zu klopfen, wenn es darum ging, Bürgerrechte und Möglichkeiten für eine unbehinderte Entwicklung des afrikanischen Volkes zu erreichen? Welche Früchte zeitigten die vielen Jahre der Mäßigung? Wurden sie mit irgendeiner Toleranz oder gemäßigten Haltung... erwidert? Nein. Im Gegenteil... jetzt haben wir ein Stadium erreicht, in dem wir so gut wie rechtlos sind.

Albert Luthuli 1952



Albert Luthuli verbrennt am 31. 3. 1960 seinen Paß

waren ins Ausland entsandt worden, um dort für die südafrikanische Befreiungsbewegung zu wirken. Andere hielten sich im Lande versteckt. Die Polizei suchte jahrelang weiter. Im August 1962 wurde mit Nelson Mandela einer der befähigsten Männer des südafrikanischen Befreiungskampfes verhaftet. Am 11. Juli 1963 hatten Einsatzgruppen der politischen Polizei dann auf der Liliesleaf-Farm in Rivonia, einem abgelegenen Grundstück wenige Kilometer von Johannesburg entfernt, das illegale Hauptquartier der Widerstandskämpfer Südafrikas entdeckt. Zu den dort Verhafteten gehörten Walter Sisulu, Ahmed Kathrada und Govan Mbeki, die zwei Jahre später am 11. Juni 1964 zusammen mit Mandela im sogenannten Rivonia-Prozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden. Auf der Zuchthausinsel Robbeneiland, der „Zentrale der Hölle", in Sichtweite des Tafelberges bei Kaapstad, sind sie bis heute eingekerkert.

Seit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre nimmt der Kampf gegen die Apartheid einen neuen Aufschwung. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei, des ANC und anderer revolutionärer Organisationen überwinden die durch das Rassistenregime erlittenen schweren Schläge. Angesichts der tiefen Illegalität, in der der Afrikanische Nationalkongreß und die Kommunistische Partei zu wirken gezwungen sind, ist verständlich, daß weder Angaben über den erreichten Stand des Wiederaufbaus des ANC und der Arbeiterpartei noch über die Mitgliederzahl oder über den Einfluß auf legale Organisationen gemacht werden. Flugblattaktionen, eilig gepinselte Losungen an Häuserwänden und Brückenpfeilern, illegale Zeitungsausgaben und Tarnbroschüren zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterpartei und die führende Befreiungsbewegung weiterhin zielgerichtet unter der Bevölkerung Südafrikas arbeiten. Die herrschenden Kräfte Südafrikas spüren ein wachsendes Selbstbewußtsein besonders unter den Millionen Afrikanern des Landes, ihr zunehmendes Vertrauen in die eigene Stärke, ihre Bereitschaft, gegen die Rassendiskriminierung zu kämpfen.

Die Morde von Soweto, der Polizeiterror überall im Lande haben Gegner der Apartheid in Südafrika nicht eingeschüchtert. Sie sind noch mehr entschlossen, endlich die Rassendiskriminierung zu beseitigen. Die Praxis zeigt: Die Maß-







Es ist nicht wahr, daß diese Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zur Vorherrschaft einer Rasse führen wird. Unterschiedliche, auf der Hautfarbe beruhende staatsbürgerliche Rechte sind vollkommen unnatürlich und, wenn sie verschwinden, wird auch keine Rasse mehr die andere beherrschen... Eine demokratische und freie Gesellschaft, in der alle friedlich und mit gleichen Möglichkeiten miteinander leben können, hat mir stets als Ideal vorgeschwebt.

Nelson Mandela,
„Rivonia-Prozeß" 1964





John B. Marks   Oliver R. Tambo

Moses Kotane   Albert Luthuli



Frauen vor dem Gebäude des Obersten Gerichts in Pretoria, wo der Rivonia-Prozeß stattfand

nahmen der Rassisten verhindern nicht, daß immer mehr Menschen in Südafrika bereit sind, der Apartheid ein Ende zu setzen. Daran können auch die Repressalien gegen eine Reihe bisher legal arbeitender oppositioneller Organisationen, Zeitungen und Persönlichkeiten Mitte Oktober 1977 nichts ändern. Vielen Rassisten wird bewußt, daß sie wie nie zuvor heute international am Pranger stehen, daß die Weltöffentlichkeit der siebziger Jahre mehr denn je die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Gefahr für den Frieden ablehnt. Die Apartheid – so sagen die sozialistischen Staaten, die meisten der jungen Nationalstaaten und

demokratischen Käfte in allen Teilen der Welt – ist keine innere Angelegenheit Südafrikas. Angesichts der menschenunwürdigen Zustände in diesem Land und angesichts der Politik des Regimes wird verständlich: es ist die Pflicht eines jeden Revolutionärs, eines jeden aufrechten Demokraten, wo immer er auch lebt, den Rassismus und seine Wurzeln zu bekämpfen und Solidarität mit den südafrikanischen Befreiungskämpfern zu üben.



Unrecht im Mantel des Rechts – Gesetze liefern seit eh und je in Südafrika das juristische Skelett der Rassendiskriminierung. Seit der Gründung der Südafrikanischen Union im Jahre 1910 ist ihr Ausbau rasch vorangeschritten. Mehr als 200 diskriminierende Gesetze markieren die Spur des Unrechts bis heute. Sie sind Zeugnis der hemmungslosen Profitgier, der Menschenverachtung, der Entwürdigung all derer, die nicht weiß sind in diesem Land. Und die Gesetze sind ein wichtiges Mittel, den Klassencharakter der Macht zu vernebeln. „Weiße, dies ist euer Staat", das gaukeln die Gesetze vor. Rassensolidarität der Weißen, das war und ist ein wichtiges Rezept der herrschenden Klasse zum Überleben. Klassensolidarität der ausgebeuteten Weißen und der Afrikaner brächte das baldige Ende des südafrikanischen Imperialismus. Welche Gesetze markieren die Spur des Unrechts besonders?

Rassistische Gesetze

Das Gesetz über die Bergwerke und Fabriken von 1911 verlangt für bestimmte Arbeiten ein Tätigkeitszeugnis, das in Transvaal und im Oranje Vrystaat nur an Weiße ausgestellt wurde.

Das Gesetz über Grund und Boden der Eingeborenen von 1913 verbietet den Afrikanern außerhalb der 7,4 Prozent (1936 ca. 13 Prozent) des ihnen vom Territorium Südafrikas zugewiesenen Siedlungsgebietes Land zu erwerben.

Das Gesetz über die städtischen Wohngebiete der Eingeborenen von 1923 räumt den Behörden das Recht ein, besondere Wohngebiete, Gettos, für Afrikaner zu errichten.

Das Schlichtungsgesetz für die Industrie von 1924 nimmt Afrikaner ausdrücklich aus der Bezeichnung Beschäftigte (emploee) aus. Ihre Vertreter werden für Lohnverhandlungen nicht zugelassen.

Das Ergänzungsgesetz von 1926 für die Bergwerke und Fabriken, auch als Rassenschrankengesetz bekannt, verbietet die Einstellung von Afrikanern in einer Vielzahl von Facharbeiter- und Anlernberufen.

Das Gesetz über die Unmoral von 1927 verbietet den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Afrikanern.

Das Gesetz über die Eingeborenenvertretung von 1936 hebt das noch bestehende begrenzte Wahlrecht für Afrikaner in der Kapprovinz auf.

Das Bodenbegrenzungsgesetz von 1943 schränkt das Recht der Südafrikaner indischer Herkunft auf Erwerb von Land ein.

Das „Gettogesetz" von 1946, erlaubt den Südafrikanern indischer Herkunft Eigentum nur in bestimmten Gebieten Südafrikas.

Das Gesetz über die Zusammenlegung der Wohngebiete der Eingeborenen von 1945 legt die heute noch gültigen Bedingungen für einen längeren Aufenthalt in den Gettos fest. Nur diejenigen, die sie erfüllen, haben das Recht, länger als 72 Stunden dort zu bleiben.

Das Gesetz über das Verbot gemischter Ehen von 1949 verbietet Ehen zwischen „Weißen" und „Nichtweißen".

Das Gesetz über die Erfassung der Bevölkerung von 1950 befiehlt die Registrierung der Bevölkerung nach von den Rassisten festgelegten Rassenmerkmalen.

Das Gesetz über die Gebiete der Gruppen von 1950, das – nach Malan – „Herz der Apartheid", verfügt getrennte Wohngebiete der von den Rassisten festgelegten vier Rassengruppen.

Das Gesetz über die Abschaffung von Pässen und die Koordinierung der Dokumente der Eingeborenen von 1952, bekannt als Paßgesetz, gehört zu den meistgehaßten juristischen Begründungen der Rassendiskriminierung. Alle bisherigen Ausweise und Kontrollkarten werden in einem „reverence-book" zusammengefaßt, das der Afrikaner ständig bei sich tragen muß.

Das Gesetz über die Ausbildung der Bantu von 1953 sichert juristisch die unterschiedlichen Bildungschancen von Weißen und Afrikanern ab.

Das Ergänzungsgesetz von 1955 des Gesetzes über die städtischen Wohngebiete der Eingeborenen verbietet – außer mit Sondergenehmigung – das Wohnen von mehr als fünf Afrikanern auf einem Grundstück bzw. Gelände eines Weißen im Stadtgebiet außerhalb des Gettos. Spätere Erweiterungen dieses Gesetzes gestatten nur noch das Wohnen eines Afrikaners in diesem Bereich und führen Sperrstunden ein (für Johannesburg z. B. von 23 Uhr bis 4 Uhr).

Das Gesetz über die getrennte Vertretung der Mischlingswähler von 1956 schränkte das begrenzte Wahlrecht der Mischlinge weiter ein und erlaubte nur die Wahl einiger Weißer, die die Interessen der Mischlinge vertreten sollen, in das Parlament.

Das Gesetz zur Förderung der Bantuselbstregierung von 1959 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der formal-juristischen Selbständigkeit der Reservate, zur Vertiefung der historisch überlebten Stammesgrenzen und schafft die bisher mögliche Vertretung der Afrikaner durch einige Weiße im Parlament ab.

Das Industrieschlichtungsgesetz von 1956 verankert stärker als sein Vorgänger aus dem Jahre 1924 die Berufsvorbehalte für Weiße (job reservation) und bestimmt die rassische Trennung innerhalb der Gewerkschaften.

Das Gesetz über die Krankenschwestern von 1957 verschärft die Rassentrennung im medizinischen Bereich.

Das Gesetz über die Erweiterung der Universitätsausbildung von 1959 begründet die Rassentrennung an den Hochschulen.

Das Gesetz über die getrennte Vertretung der Mischlingswähler von 1968 hebt die Vertretung der Mischlinge durch Weiße im Parlament auf.

Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft in den Bantu-Heimatländern von 1970 kündigt die doppelte Staatsbürgerschaft für Afrikaner an: innerhalb Südafrikas die eines der Reservate, außerhalb die der Republik Südafrika.

Das Ergänzungsgesetz aus dem Jahre 1973 über die Arbeitsverordnungen für Bantu verstärkt die Rolle von Betriebskomitees, eine vom Regime geschaffene Einrichtung, um der immer stärker erhobenen Forderung nach anerkannten Gewerkschaften entgegenzuwirken.

Das Ergänzungsgesetz von 1978 zu den Bantugesetzen ermöglicht der Regierung, arbeitslose Afrikaner in die Bantustans abzuschieben.

Das Ergänzungsgesetz von 1978 zum Gesetz über die Staatsbürgerschaft in den Bantu-Heimatländern ist ein weiterer Schritt der Rassisten im Versuch, eine „Staatsbürgerschaft" der Afrikaner zu einzelnen Bantustans festzuschreiben.

Das Gesicht der Apartheid





Über die Gleise führt eine Fußgängerbrücke. Ein Zaun in der Mitte teilt sie in ihrer ganzen Länge in zwei Hälften, und Schilder weisen an: auf der einen Seite der Barriere haben die Nonewhites, die Nichtweißen, zu gehen, die andere Seite benutzen die Whites – die Weißen. Diese Einteilung ist vielerorts zu finden.

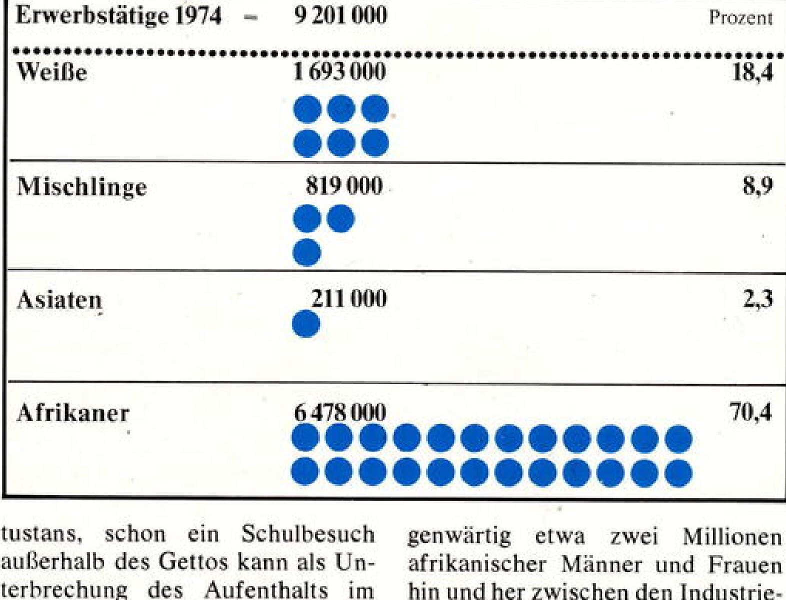
Für den ausländischen Besucher ist das oft der Ausdruck der Apartheid schlechthin. Hält er sich häufiger in Südafrika auf, wird er feststellen, daß seit einiger Zeit verschiedene dieser Whites- beziehungsweise Nonewhites-Schilder verschwunden sind und frische Farbe das „Whites only" („nur für Weiße") auf manchen Parkbänken überdeckt, daß der Afrikaner im Fahrstuhl nicht unbedingt der Liftboy sein muß und daß in dem einen oder anderen Restaurant, in dem früher nur Weiße verkehren durften, jetzt auch einige Afrikaner sitzen. Also, könnte man denken, die Apartheid verschwindet langsam? Daß das keineswegs der Fall ist, wird bei näherer Betrachtung der Verhältnisse in Südafrika nur zu deutlich.

Die Maßnahmen des Rassistenregimes haben Methode. Schrittweise werden einige Zeichen der sofort ins Auge springenden tagtäglichen und ständigen Rassendiskriminierung abgebaut, so die Bereitschaft des Regimes zu innerer Reform vorgetäuscht und der Welt Veränderung vorgegaukelt. Die tragenden Säulen der Apartheid aber – die Diskriminierung der Schwarzen am Arbeitsplatz und auf sozialem Gebiet, ihre politische Rechtlosigkeit, der ungleichen Bildungschancen zwischen Schwarzen und Weißen sowie das Zwangssiedlungssystem – schützt das Regime mit allen Mitteln.

Sie sind Ausländer im eigenen Land

Anteil der afrikanischen Arbeiter an der unmittelbaren Produktion	
Landwirtschaft	92,31 %
Bergbau	89,02 %
Bauwesen	84,76 %
Industrie	76,01 %

Ihr Anteil steigt ständig. In der Industrie betrug er z. B. 1960 erst 67,03 Prozent



Erwerbstätige 1974 –	9 201 000	Prozent
Weiße	1 693 000	18,4
Mischlinge	819 000	8,9
Asiaten	211 000	2,3
Afrikaner	6 478 000	70,4

Die Aufforderung an den afrikanischen Fabrikarbeiter Harlem Msini war eindeutig: seine Frau und das vierjährige Kind hatten sofort an ihren Geburtsort zurückzukehren. Frau Msini hatte etwas in den Augen der Rassisten Unglaubliches getan: sie war ohne Erlaubnis zu ihrem Mann gezogen und somit zu einem illegalen Einwanderer innerhalb der Grenzen des eigenen Landes geworden. Frau Msini ist kein Einzelfall. Immer wieder versuchen afrikanische Familien die unmenschlichen Gesetze zu überwinden, die Millionen von ihnen das Zusammenleben nicht erlauben. In Gettos bestimmt das „Gesetz über die Zusammenlegung der Wohngebiete der Eingeborenen" von 1945, wer dort länger als 72 Stunden bleiben darf: 1. Der Mann oder die Frau muß dort seit Geburt ohne Unterbrechung gewohnt haben; 2. Er oder sie muß im Ort, zu dem das Getto gehört, ohne Unterbrechung für ein und denselben Arbeitgeber 10 Jahre oder für verschiedene Arbeitgeber 15 Jahre ohne Unterbrechung legal gearbeitet haben. 3. Er oder sie muß die Frau, die unverheiratete Tochter oder der höchstens siebzehnjährige Sohn eines Afrikaners sein, der unter 1. oder 2. fällt.

Die Praxis zeigt, daß das Recht, im Getto zu wohnen, schnell verwirkt ist. Schon ein längerer Aufenthalt bei Verwandten in den Reservaten, den sogenannten Bantustans, schon ein Schulbesuch außerhalb des Gettos kann als Unterbrechung des Aufenthalts im Sinne des Gesetzes betrachtet werden. Wer sich nicht den diskriminierenden Arbeitsbedingungen unterwirft und gegen bestehende Gesetze verstößt, kann ausgewiesen werden. Auch der Tod des Mannes oder die Scheidung der Ehe kann für die meist nicht berufstätigen Frauen bedeuten, entweder in die Reservate oder in die „Umsiedlungsdörfer" abgeschoben zu werden. Diejenigen, die in den Gettos bleiben „dürfen", haben damit aber noch lange nicht auch nur die elementarsten Bürgerrechte. Unmißverständlich hatte schon der Vorgänger des früheren Ministerpräsidenten Vorster, Hendrik Verwoerd, erklärt: „Die Eingeborenen werden nicht hier sein, weil sie das Recht dazu haben, sondern auf Befehl und durch die Gnade der Weißen. Bestenfalls werden sie Besucher im weißen Gebiet sein." Millionen von Afrikanern sind so ständig von der Ausweisung aus den Gettos bedroht.

Ein großer Teil der afrikanischen Arbeitskräfte jedoch gehört zu den Kontrakt- oder Wanderarbeitern, die nur dann eine Aufenthaltsgenehmigung für die Gettos erhalten, wenn sie einen Arbeitsplatz vermittelt bekommen haben. Läuft der Kontrakt ab, so erlischt ihr Recht, sich im „weißen" Gebiet aufzuhalten, und sie müssen zurück in die Reservate. So pendeln gegenwärtig etwa zwei Millionen afrikanischer Männer und Frauen hin und her zwischen den Industriezentren beziehungsweise den großen Farmen und den Reservaten, wo ihre Familien leben müssen.

Wohl auf kaum einem Gebiet wird das Verbrechen des Apartheidregimes gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas so deutlich sichtbar, ist es verabscheuungswürdiger. Millionen von Afrikanern leben in der Zeit ihres Kontrakts von ihren Familien getrennt innerhalb der Gettos in Wohnheimen, die zumeist noch besonders abgegrenzt sind, oder sie leben, besonders beim Bergbau, in Wohnlagern, in „Compounds". Diese Lager – allein auf dem Witwatersrand gibt es etwa







Im Compound

Eine Straße in Soweto

Teilansicht von Soweto

sechzig – beherbergen jeweils zwischen 1 000 und 5 000 Arbeiter unter menschenunwürdigen Bedingungen. Ein Familienleben, Mitwirken an der Erziehung der Kinder, gemeinsame Freizeit mit der Familie, das sind für Millionen von Afrikanern Fremdworte.
Und welchen Lebensstandard haben die Afrikaner in Südafrika? Untersuchungen ergaben, daß 75 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze vegetieren. Die Grenze lag 1975 für eine fünfköpfige Familie bei etwa 120 Rand im Monat (etwa 170 US-Dollar), eine Summe, die nur von einem kleinen Teil der Afrikaner verdient wird. Auch dies ist eine Erscheinung des Rassismus – die Folge eines diskriminierenden Lohngefüges, der Berufsvorbehalte für Weiße und der Qualifizierungsschranken für die Afrikaner. Diese rassistische Politik ist unter anderem dafür verantwortlich, daß die mehr als 200 000 Menschen, die tagtäglich von Soweto zur Arbeit nach Johannesburg fahren oder die Millionen aus den etwa 240 anderen Gettos überall im Lande meist „Ungelernte" oder „Angelernte" sind. Sie arbeiten als Hilfsarbeiter in der Industrie, als Bürodiener, Straßenkehrer, Hausangestellte, Hilfskräfte im Transport und im Handel. Facharbeiterplätze und Lehrstellen sind für Afrikaner in der Regel nicht erreichbar, und von einer Reihe von Berufen sind sie völlig ausgeschlossen. Wo der Mangel an weißen Arbeitskräften in einigen Bereichen dazu zwingt, auch Afrikaner einzustellen, erhalten die Weißen für dieselbe Arbeit, die die Afrikaner leisten, meist wesentlich mehr Lohn als diese.
Besonders ausgeprägt sind die diskriminierenden Lohnverhältnisse sowie Arbeits- und Lebensbedingungen der afrikanischen Landarbeiter und der Bergleute im „weißen" Südafrika. Auf den „weißen" Farmen leben mehr als zwei Millionen afrikanischer Arbeitskräfte – teilweise mit ihren

Das monatliche Pro-Kopf-Einkommen 1973	
Weiße	184 Rand
Asiaten	37 Rand
Mischlinge	29 Rand
Afrikaner	10 Rand

Ein Rand sind etwa 1,15 US-Dollar (Stand Juli 1978).

Bruttolohndurchschnitt für Arbeiter und Angestellte (in Rand) 1975

	Afrikaner	Mischlinge	Asiaten	Weiße
Maschinenbau	102	127	141	489
Textilindustrie	85	103	150	489
Möbelindustrie	92	186	179	442
Lederindustrie	93	108	127	453
Bauwesen	100	186	240	485
öffentlicher Dienst	88	212	327	428
Bergbau (1974)	38	128	166	521

Familien – am äußersten Rand der Armutsgrenze. Hermetisch riegeln die Farmer ihre Besitzungen ab und sind bemüht, keinerlei Informationen über die Lage ihrer Arbeiter nach außen dringen zu lassen. Nach einer Untersuchung der südafrikanischen Zeitschrift „The Star" verdienten die wie Leibeigene gehaltenen afrikanischen Landarbeiter im Jahre 1973 etwa 11,5 Rand, afrikanische Haushilfen 7,4 Rand im Monat. Kaum mehr als ein Taschengeld!

Ebenfalls nahezu von der Außenwelt abgeschlossen sind die mehr als 700000 afrikanischen Bergleute, meist Kontraktarbeiter aus anderen Staaten des südlichen Afrika wie Malawi oder Lesotho. Die Arbeitsbedingungen gehören zu den schlimmsten der Welt. So sind beispielsweise die Stollen, die in den Diamanten- und Goldgruben nicht selten in einer Tiefe von 2000 bis 3000 Meter liegen, zum Teil mangelhaft gesichert. Etwa 500 Afrikaner sterben jährlich in Südafrikas Bergwerken an den Folgen von Arbeitsunfällen. Diese Arbeitsbedingungen, aber auch die Lebensbedingungen in den Compounds sowie die diskriminierenden Löhne haben in den letzten Jahren die Unruhen unter den afrikanischen Bergleuten verstärkt.

„Auf die einfachste Form gebracht ist das Problem nichts weiter als dies: Wir wollen Südafrika weiß behalten ... es weiß behalten kann nur eins bedeuten, nämlich weiße Vorherrschaft, nicht ‚Führerschaft' oder ‚Führung', sondern ‚Kontrolle' und ‚Obergewalt'."

Hendrik Verwoerd, Ministerpräsident 1958–1966

Doch an einem Punkt halte ich unverrückbar fest, und das ist, daß es kaum ein Land auf der Welt gibt, in dem so wenige Menschen so viel für so viele in solch kurzer Zeit getan haben.

Aus einer Rede des Präsidenten der südafrikanischen Trustbank, Jan Marais 1974 in Hamburg

Studenten an Universitäten 1974	
Afrikaner	7845
Mischlinge	3142
Asiaten	5232
Weiße	95589

Bildung für Herren und Knechte

Die jüngste Universität des Landes liegt inmitten eines Parks, wenige Kilometer von der City Johannesburgs entfernt. Die Studien- und Wohnbedingungen der Studenten in der Rand Afrikaans Universität sind ausgezeichnet, die Ausstattung luxuriös, die technischen Hilfsmittel auf dem neuesten Stand. Afrikaner, Mischlinge oder Inder aber wissen, daß ihnen und ihren Kindern nach dem Willen des Rassistenregimes der Zutritt für diese Schule für immer verwehrt bleibt – for whites only. Eine Bildungsstätte vor allem für die zukünftige Elite. Bildung für Afrikaner, das bedeutet nach dem Willen der Rassisten für die Mehrheit der Afrikaner bestenfalls lesen und schreiben lernen.



Teilansicht der Rand Afrikaans Universität in Johannesburg

Ausgaben je Schüler 1975/76 in Rand	
Afrikaner	40
Mischlinge	126
Asiaten	171
Weiße	605



Wenn ich für die Erziehung der Eingeborenen verantwortlich sein werde, will ich sie so reformieren, daß den Eingeborenen von Kindheit an beigebracht wird, daß sie Europäern niemals gleichberechtigt werden können.

Verwoerd 1953

Die Schulpflicht besteht für weiße, aber nicht für afrikanische Kinder

30 Prozent der afrikanischen Kinder erhalten keine Schulbildung, sind Analphabeten

65 Prozent der afrikanischen Kinder können nur bis zur vierten Klasse die Schule besuchen

Nur 6 Prozent der afrikanischen Schüler, aber fast 40 Prozent der weißen, besuchen eine Oberschule

23 Prozent der Lehrer an afrikanischen Schulen konnten selbst nur acht Klassen besuchen

Für die afrikanischen Schüler stehen weder ausreichend Klassenräume noch Lehrer zur Verfügung

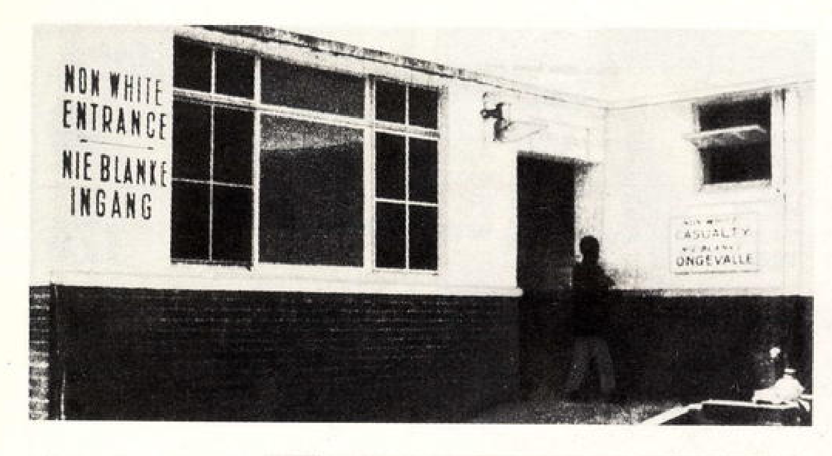
73 Prozent aller afrikanischen Schüler der ersten beiden Klassen müssen die Schule in zwei Schichten besuchen

Für Weiße sind Unterricht und Lehrmittel frei, für Afrikaner nicht

Der Lehrer-Schüler-Anteil beträgt bei den Schulen für Weiße 1:20, bei denen der Afrikaner 1:60



„Herztransplantation in Südafrika", „Professor Chris Barnard verpflanzt menschliches Herz" – diese und ähnliche Schlagzeilen vor mehr als zehn Jahren kündeten von einer medizinischen Pioniertat. Das Rassistenregime sah sofort den propagandistischen Effekt und schickte Professor Barnard auf Reisen. Die weltweite Popularität Barnards erwies sich jedoch nur zum Teil als erfreulich für das Regime von Vorster & Co. Ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geriet nämlich nun nicht nur der Professor, sondern auch das Gesundheitswesen Südafrikas. Was da offenbar wurde, zeigt, daß die Rassendiskriminierung auch hier nicht halt macht. In Südafrika sind viele der Krankenhäuser







nicht schlechthin für Kranke da! Da gibt es für jede der offiziellen Rassengruppen – also für Weiße, Mischlinge, Asiaten und Afrikaner – gesonderte Krankenhäuser beziehungsweise strikte Rassentrennung innerhalb eines Hospitals, da gibt es qualitativ sehr unterschiedliche Ausstattungen und Versorgung, je nach dem, für welche Rassengruppe es gedacht ist. Nach einer Untersuchung an zehn Krankenhäusern für Afrikaner in der Provinz Transvaal im Jahre 1974 war fast ein Drittel der Patienten in Behelfsräumen oder auf Fluren untergebracht. Die Hautfarbe entscheidet wie überall in diesem Staat, wer mehr verdient – die weißen oder die schwarzen Ärzte und Schwestern.

Hospitaleingänge für „Weiße" und für „Nichtweiße"

Unterernährung – Todesursache Nummer 1 für afrikanische Kinder

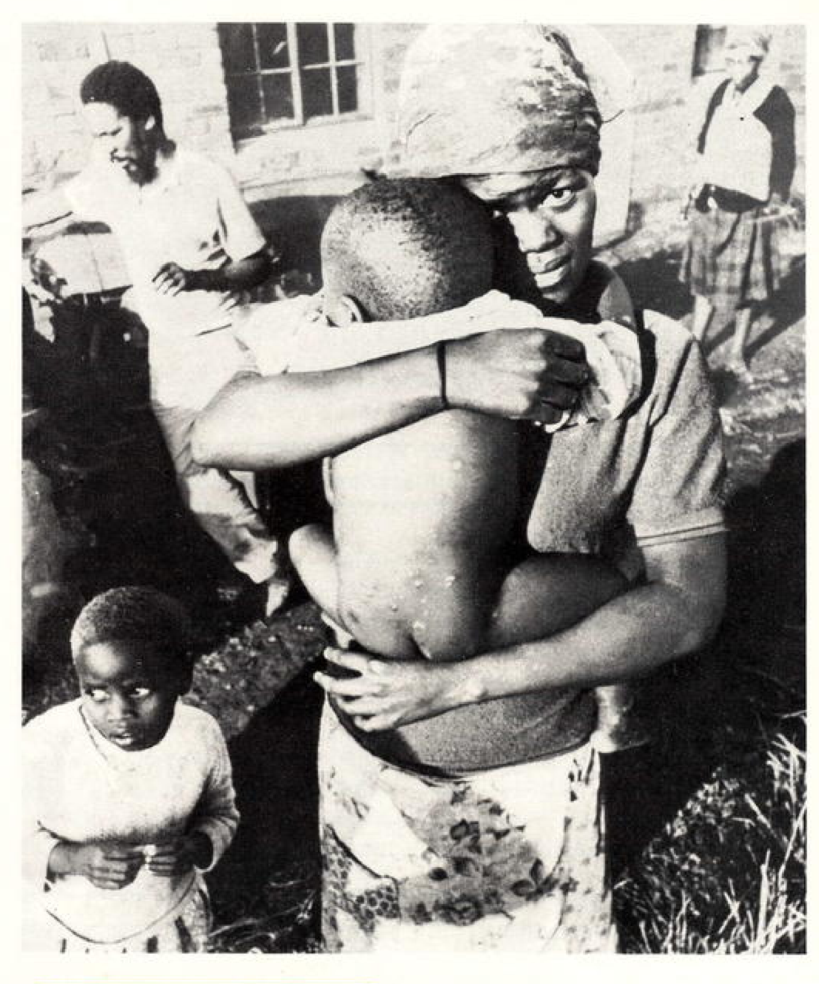
Medizinstudenten 1974	
Weiße	**3838**
Afrikaner	**220**
Tuberkulosekranke 1974	
Weiße	**753**
Afrikaner	**49530**

Die Unmenschlichkeit der rassistischen Praxis im Gesundheitswesen Südafrikas hat viele Gesichter. Eines der abscheulichsten offenbart folgendes Beispiel. Im Jahre 1976 enthüllte ein weißer Arzt, daß mancher seiner Kollegen auf seine Weise dazu beiträgt, die Geburtenrate der Afrikaner zu verringern – ein Bestreben, das viele Rassisten haben: „Schon nach kurzer Zeit gaben mir weiße Kollegen zu verstehen, daß ich – da mein Fachgebiet Gynäkologie und Chirurgie war – so häufig wie möglich schwarze Patientinnen

sterilisieren sollte, denn das sei eine Art Hilfe für das Land. Ich lehnte dieses Ansinnen ab. Ich selbst habe aber häufig gesehen, wie solche Sterilisierungen ohne Wissen der Patientinnen vorgenommen wurden – z. B. an schwarzen Frauen, die nur am Blinddarm operiert werden sollten." Diese Ungeheuerlichkeit geschieht, um zu verhindern, daß die afrikanische Bevölkerung dieses Landes wesentlich rascher wächst als die weiße. Auch die hohe Kindersterblichkeit unter den Afrikanern, hauptsächlich eine Folge der furchtbaren Lebensbedingungen, ist den Rassisten durchaus recht. Es wird geschätzt, daß fast jedes zweite Kind in den Reservaten nicht älter als zehn Jahre wird.

Wohin Rassismus führt, zeigt eine Untersuchung in zwei Hospitälern im Reservat Transkei. Sie ergab, daß fast 80 Prozent aller afrikanischen Kinder unterernährt waren. Und eine Ärztin aus dem Reservat Ciskei berichtete über die unter den Kindern weit verbreitete Krankheit Marasmus und Kwashiokor: „Marasmus ist eine Form der Unterernährung der Kinder, die sich besonders bei Kleinstkindern im ersten Lebensjahr zeigt. Diese Babies", so erklärte sie, „sind winzige, unruhige, runzlige Geschöpfe, alt aussehend und zum Skelett abgemagert. Kwashiokor tritt gewöhnlich nach dem ersten Lebensjahr auf, als Folge einer Nahrung ohne Milch und anderer Proteine. Die kleinen Opfer sind aufgedunsen, oft sind ihre Augen so geschwollen, daß sie nicht sehen können."

Hauptverbreitungsgebiet dieser furchtbaren Krankheiten sind die Reservate, wo laut Diktat der Rassisten ein großer Teil der „nichtproduktiven" Frauen und Kinder leben müssen.



Hungerödeme

Der Bluff mit der Unabhängigkeit

In den letzten Jahren treten zunehmend besonders in imperialistischen Hauptländern Afrikaner auf, die sich als Repräsentanten der afrikanischen Völker Südafrikas ausgeben. Sie führen Gespräche mit Regierungs- und Kommunalpolitikern, treffen mit Monopolvertretern zusammen, halten Vorträge, geben Pressekonferenzen. Wer sind diese Herren? Ihre Titel sind respektheischend. Es sind Afrikaner, die in den heute von der südafrikanischen Regierung als „Heimatländer" oder Bantustans bezeichneten Reservaten Positionen mit wohlklingenden Titeln wie Ministerpräsident, Oberhäuptling oder Chefminister haben. Diese Stellungen verdanken sie zumeist ihrer Bereitschaft, die Apartheidpolitik zu tolerieren oder sogar offen zu unterstützen. In einer Zeit, in der die diplomatisch-politische Isolierung Südafrikas stärker wird, die weltweite Ablehnung der Apartheid immer mehr zunimmt und auch innerhalb des Landes die Rassendiskriminierung in wachsendem Maße bekämpft wird, sind schwarze Helfershelfer beim Regime sehr



Kadettenkapelle der Jongilizwe-Schule für Söhne der Häuptlinge der Transkei

gefragt. Ohne solche Verräter an den Interessen der Afrikaner funktioniert die Überlebensstrategie der Rassisten nicht. Sie brauchen diese Kräfte, um mit ihnen einen der Hauptbestandteile der Apartheid durchzusetzen – die Bantustanpolitik.

Nach offizieller Lesart des Regimes in Pretoria sind Bantustans Heimatländer für die afrikanischen Völker des Landes, in denen sie ihre Sprache, Kultur und ihre Tradition pflegen, sich angeblich entwickeln können, sich selbst verwalten und, wie behauptet wird, schließlich sogar unabhängig werden. Bantustans sind also angeblich Heimstätten für jede afrikanische Völkerschaft. Mit einem riesigen Propagandaaufwand wird diese verlogene These innerhalb und außerhalb Südafrikas verbreitet. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Das Regime strebt nicht nur an, jeden Afrikaner auf administrativem Wege zum Bürger

Anteil der Reservate am Bruttoinlandsprodukt der RSA (in Prozent)

Wirtschaftszweige	1960	1970
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	7,5	5,8
Bergbau	1,0	1,5
Verarbeitende Industrie	0,5	0,3
Bauwesen, Energiewirtschaft Transport- u. Nachrichtenwesen	0,8	1,0
Handel	1,3	1,2
Sonstiges	4,3	3,6
Gesamtanteil	2,5	2,0

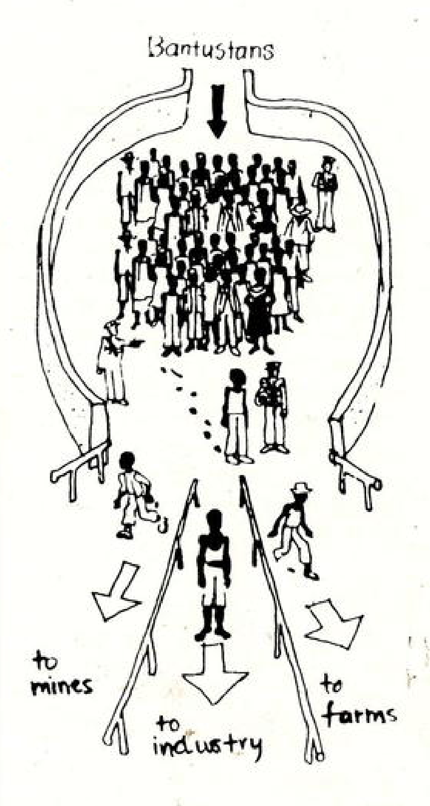
Die Bantustans

0 100 200 300 km

Südrhodesien (Simbabwe) (brit.)
BOTSWANA
Namibia*
VR MOÇAMBIQUE
Limpopo
Pretoria
Johannesburg
SWAZILAND
Vaal
Upington
Oranje
Bloemfontein
LESOTHO
Pietermaritzburg
Durban
SÜDAFRIKA
ATLANT. OZEAN
INDISCHER OZEAN
Kaapstad (Cape Town)
Port Elizabeth

① Bophuthatswana
② Lebowa
③ Ndebele
④ Gazankulu
⑤ Vhavenda
⑥ Swazi
⑦ Basotho-Qwaqwa
⑧ Kwazulu
⑨ Transkei
⑩ Ciskei

* Territorium unter direkter Verwaltung der UNO; z.Z. widerrechtlich von der Republik Südafrika besetzt.



Billige Arbeitskräfte

Die Vollversammlung ... verurteilt scharf die Schaffung von Bantustans, bestimmt die unmenschliche Politik der Apartheid zu festigen, die territoriale Integrität des Landes zu zerstören, die weiße Minderheitsherrschaft fortzusetzen und das afrikanische Volk Südafrikas seiner unveräußerlichen Rechte zu berauben ... weist die ‚Unabhängigkeits'-erklärung der Transkei zurück und erklärt sie für rechtsungültig ... fordert alle Regierungen auf, der sogenannten unabhängigen Transkei jede Form der Anerkennung zu verweigern und von jedem Geschäft mit der sogenannten unabhängigen Transkei oder den anderen Bantustans Abstand zu nehmen.

Aus der Resolution 31/6 A der XXXI. Vollversammlung der UNO 1976



Aufwertungsversuch Matanzimas vor der UNO als Mitglied der südafrikanischen Delegation zur XXIX. Vollversammlung

eines Reservates zu machen, sondern versucht, in ihm auch eine innere Beziehung, eine nationale Bindung zum jeweiligen sogenannten Heimatland, den Bantustans, heranzuzüchten. Auf diese Weise soll das wachsende Streben der afrikanischen Bevölkerung nach demokratischen Rechten und Freiheiten aufgefangen werden. Bei diesem Vorhaben stützt sich das Rassistenregime auf noch bestehende Stammesbeziehungen zwischen den Afrikanern und ist bemüht, diese wiederherzustellen, wenn sie schon stark gelockert oder gar fast verschwunden sind. Stammesdenken wird kultiviert, die riesige afrikanische Bevölkerung wird in ethnische Gruppen, in angebliche „Nationen" zersplittert – es ist die südafrikanische Version des uralten Teile und Herrsche. Soweit wie nur möglich, werden die Afrikaner gezwungen, in den Gettos und den Compounds, an den Arbeitsplätzen in Stadt und Land sowie in den Schulen und Universitäten nach ethnischen Gruppen getrennt zu leben. Nach dem Gesetz gehören heute nahezu alle Afrikaner zu einem der Bantustans, ob sie nun Bindungen dorthin haben oder nicht. Die Reservate, die knapp 13 Prozent des Territoriums Südafrikas ausmachen, meist in viele nichtzusammenhängende Landstriche aufgesplittert sind, sollen zu formal selbständigen Staaten werden. Es ist ein teuflischer Plan, mit dem viele Rassisten auf ihre Weise das „Rassenproblem" in Südafrika lösen wollen. Die Bantustans sollen für immer ein Reservoir billiger Arbeitskräfte sein und politisch und wirtschaftlich unter dem Einfluß eines „weißen" Kernstaates stehen, in dem die natürlichen Reichtümer und die Industriezentren Südafrikas liegen. Zum einen soll auf diese Weise ein einheitliches Handeln der Afrikaner erschwert werden, zum anderen sollen diese nicht nur, wie es gegenwärtig Tatsache ist, de facto, sondern auch de jure, Ausländer im „weißen" Gebiet sein. Da die Afrikaner in ihrer Mehrheit die Bantustanisierung entschieden ablehnen, wagen die meisten der vom Rassistenregime eingesetzten Marionettenverwaltungen in den Reservaten nicht, offen Verrat an den legitimen Menschen- und Bürgerrechten der Afrikaner Südafrikas zu üben. Anders verhalten sich beispielsweise die schwarzen Helfershelfer des Rassistenregimes in der Transkei, einem Reservat, das in den letzten Jahren als Aushängeschild für die von den Rassisten demagogisch als „getrennte Entwicklung" bezeichnete rassistische Politik ausgebaut wurde. Wie ging die Bildung der „selbständigen" Transkei vor sich?

Eine große Menschenmenge füllte in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober 1976 die Ränge des sogenannten Unabhängigkeitsstadions der kleinen Stadt Umtata. Tausende von Afrikanern wurden über teilweise große Entfernungen in die Stadt gebracht und in ein Zeltlager einquartiert. Sie dienten als Staffage eines lange vorbereiteten Zeremoniells, das um Mitternacht seinen Höhepunkt fand. Unter dem Salut von über 100 Kanonenschüssen wurde die Flagge der Republik Südafrikas eingeholt und eine ocker-weiß-grüne Fahne gehißt. Auftragsgemäß begeistert schrieb ein südafrikanisches Propagandablatt: „Die Würfel sind gefallen. Afrikas 50. Staat ist geboren." Ein seltsamer „Staat". Von den rund drei Millionen „Bürgern" lebten rund die Hälfte, der größte Teil der Lohnempfänger, ständig im sogenannten weißen Gebiet. Nur etwa 500 000 finden in der Transkei selbst Beschäftigung. Mehr als die Hälfte der dort ständig lebenden Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre alt und fast 17 Prozent sind älter als 45 Jahre. Nahezu 70 Prozent der 15- bis 45jährigen sind Frauen.







Sonderbriefmarken zur „Unabhängigkeit"

Diese Bevölkerungsstruktur spricht eine deutliche Sprache und entlarvt diesen sogenannten Staat als ein Reservoir billiger Arbeitskräfte, als Aufenthaltsstätte für Frauen und Kinder, als einen Platz, an den nicht oder nicht mehr benötigte afrikanische Werktätige abgeschoben werden. Die wenigen, die in der Transkei Arbeit gefunden haben, sind zumeist in der Landwirtschaft tätig. Sie bringt derart geringe Erträge, daß dieser „Staat" gezwungen ist, 90 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung einzuführen.

Für die etwa 20 000 Jugendlichen, die in der Transkei jährlich ins arbeitsfähige Alter kommen, gibt es keine Ausbildungs- und kaum Arbeitsplätze im Reservat. Ihnen bleibt nur die Hoffnung auf einen von rassistischen Behörden vermittelten Arbeitsplatz im „weißen" Gebiet. Aber viele warten vergeblich. Gegenwärtig sind fast zwei Millionen Afrikaner in Südafrika, darunter auch eine große Anzahl Jugendlicher, ohne Arbeit. Die meisten von ihnen vegetieren in den Reservaten dahin.

Auch finanziell sind die Transkei auch die anderen Bantustans völlig von der Regierung Südafrikas abhängig. Im Finanzjahr 1965 beispielsweise stützte das Regime den Haushalt der Transkei zu 62 Prozent, zehn Jahre später bereits zu 77 Prozent. Entlarvende Zahlen im Hinblick auf eine „Unabhängigkeit" des Reservats. Das Regime in Pretoria hat nach eigenen Angaben in den vergangenen neun Jahren 500 Millionen Rand in die Transkei investiert, um sie als Musterreservat aufzubauen. Die zu den sogenannten Unabhängigkeitsfeiern geladenen Journalisten bekamen dann in Umtata, der Hauptstadt des „Staates" Transkei, auch Paradebeispiele dafür vorgeführt: ein vielstöckiges Verwaltungsgebäude„ Residenzen für den „Staatspräsidenten", den „Ministerpräsidenten" und die „Minister", ein Flughafen, eine Militärbasis für die 280 Mann starke Armee unter dem Kommando eines weißen Offiziers, und nicht zuletzt ein „Holiday-Inn"-Hotel mit 120 Plätzen – fast alles noch im Bau. Pretoria ließ sich die Schau am 26. Oktober 1976 einiges kosten und scheute keine Mühe, das Gebilde Transkei als ein blühendes Land mit großen Zukunftsaussichten darzustellen. Über ein Jahr später, Anfang Dezember 1977, vollzog sich ein ähnliches Spektakel im Reservat Bophuthatswana. Der erhoffte Erfolg, die Anerkennung dieser „Staaten", ist ausgeblieben. Die Antwort der Befreiungsorganisationen und der demokratischen internationalen Öffentlichkeit war und ist eindeutige Ablehnung. Selbst Regierungen imperialistischer Hauptländer können es sich bis heute nicht erlauben, die Reservate Transkei und Bophuthatswana als Staaten anzuerkennen und damit offiziell die rassistische Apartheid vor aller Welt zu akzeptieren.



Nelson Mandela und Walter Sisulu, führende Vertreter des afrikanischen Unabhängigkeitskampfes, im Gefängnis von Robbeneiland



Im April 1977, erstmalig seit mehr als 15 Jahren, besuchte eine Gruppe Journalisten Robbeneiland, eine unwirtliche Insel am Kap der Guten Hoffnung – Kerker für fast 400 afrikanische Apartheidgegner. Anlaß waren die alarmierenden Berichte über die unmenschlichen

Terrorgesetze

Das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus von 1950 verbietet die Kommunistische Partei und jede Tätigkeit, die den „Zielen des Kommunismus" dient. Letzteres wurde so gefaßt, daß jeder Apartheidgegner, ob Kommunist oder nicht, verfolgt werden kann.

Das Strafrechtsergänzungsgesetz von 1953 bedrohte den passiven Widerstand gegen die Apartheid mit bis zu drei Jahren Haft.

Das Gesetz über die unerlaubten Organisationen von 1960 verbietet u. a. den Afrikanischen Nationalkongreß.

Das Gesetz gegen die Sabotage von 1962 gibt der rassistischen Justiz die Handhabe, Todesurteile für unter diesem Gesetz angeklagte Befreiungskämpfer zu verhängen.

Das Gesetz von 1963 zur Ergänzung des Allgemeinen Gesetzes verlängert die schon 1961 ermöglichte Haft ohne richterliche Untersuchung von 12 auf 90 Tage. Sie kann danach auf weitere 90 Tage ausgedehnt werden.

Das Gesetz gegen den Terrorismus von 1967 faßt diesen Begriff sehr weit und kann jede Handlung gegen „Gesetz und Ordnung" einschließen.

Das Gesetz über die betroffenen Organisationen von 1974 verbietet allen unter diesem Gesetz verurteilten Organisationen, Geld aus dem Ausland zu erhalten. Das Gesetz richtet sich besonders gegen einige studentische und kirchliche Organisationen, die gegen die Apartheid auftreten. Die meisten von ihnen wurden im Oktober 1977 verboten.

Das Gesetz zur Förderung der inneren Sicherheit von 1976 ergänzt und erweitert die meisten der bestehenden „Sicherheitsgesetze". Danach kann z. B. der Minister für Justiz „Vorbeugehaft" bis zu zwölf Monaten anordnen. Auch das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus wurde verändert. 26 Jahre war es eines der wichtigsten in den Händen der Rassisten. Da die Ablehnung der Apartheid immer mehr Menschen unterschiedlicher Weltanschauung erfaßte, schien es dem Regime geraten, die „Gefährdung der Sicherheit des Staates und die Erhaltung der öffentlichen Ordnung" nicht nur mit dem Bekenntnis zu Zielen des Kommunismus zu verbinden. Schließlich wurden die Bestimmungen des Gesetzes über die Zusammenrottungen von 1929 und seine mehrmaligen Ergänzungen bis 1974, die dem Regime diktatorische Vollmachten zur Verbannung von Gegnern des Rassismus und zur Bekämpfung von Protestbewegungen gaben, auf das von Südafrika widerrechtlich annektierte Namibia ausgedehnt.
Der Bann, seit Jahrzehnten in Südafrika angewendet, bedeutet in der Regel u. a.:
Hausarrest von 18–6 Uhr (an Wochenenden von 14–6 Uhr); Besuchsverbot, außer für Eltern, Schwiegereltern und einen Arzt;
Aufenthaltsbeschränkung auf einen Stadtbezirk oder Ort;
Besuchsverbot u. a. von Fabriken, Druckereien, Eisenbahnstationen;
Verbot des Treffens mit anderen gebannten Personen, der Teilnahme an Versammlungen;
Verbot der Mitarbeit an Publikationen.
Mit dem Bann belegte Personen dürfen nicht zitiert werden.

Das Ergänzungsgesetz Nr. 119 von 1977 des Bantugesetzes verdoppelt die Geldstrafen bei „Paßvergehen".



Zustände in diesem Gefängnis, die an die Weltöffentlichkeit gelangt waren. Mit vorgezeigten Musterzellen, Waschräumen oder der Krankenstation sollten diese Berichte widerlegt werden. Ein alter Trick, ein untauglicher Versuch. Mit den Häftlingen selbst durften die Journalisten kein Wort wechseln. Sie erfuhren nichts über die Schikanen der Aufseher, sie konnten sich nicht selbst ein Bild machen von der Zwangsarbeit der Gefangenen im Kalksteinbruch – der Schwerstarbeit unter der gnadenlosen Sonne oder im winterlichen Nebeldunst, Jahr um Jahr im gleichen Kalkstaub, der sich auf Augen und Lunge legt.
Nach dem Massaker von Soweto wurden neue Häftlinge auf die Robbeneiland gebracht, Afrikaner, verurteilt auf der Grundlage der vielen Gesetze, die den Gerichten die juristische Handhabe zur Bekämpfung der Apartheidgegner geben. Ihre Anwendung macht jedoch vor keiner Hautfarbe halt. Weiße und schwarze Studenten, Mitglieder verbotener, aber auch legaler Organisationen, Mitstreiter des ANC, Kommunisten, Afrikaner, Inder, Mischlinge, weiße Christen und Atheisten – der Kreis der Betroffenen ist vielschichtig. Die Polizei und Folter gehören in Südafrika zusammen. Eine Schrift südafrikanischer Apartheidgegner zählt fast 20 furchtbare Foltermethoden auf. Immer häufiger alarmieren Nachrichten über die Ermordung von Häftlingen in den südafrikanischen Gefängnissen die Weltöffentlichkeit. Als „Unglücksfälle" oder „Selbstmorde" versucht man in Pretoria die Morde an wehrlosen Gefangenen, den Tod von Häftlingen, die an den Folgen der schweren Folterungen starben, zu verschleiern.
Die Verantwortlichen im Staatsapparat des Vorster-Regimes stellen sich hinter die Mörder und scheuen sich nicht, deren Opfer zu verhöhnen und zu verleumden. Polizeiminister Kruger verstieg sich in einem Interview sogar zu der ungeheuerlichen Behauptung, der Afrikanische Nationalkongreß und die Kommunistische Partei hätten Gefangenen geraten, Selbstmord zu verüben.
Seit der Übernahme der Regierungsmacht durch die Vertreter der Nasionale Party wurden fast 60 Terrorgesetze erlassen, die dem Kampf der besten Söhne und Töchter Südafrikas gegen die Rassendiskriminierung ein Ende machen sollen.

Südafrika, Eldorado der Monopole

„Deutschland und Südafrika zuverlässige Handelspartner seit über 100 Jahren", so verkündet die südafrikanische Botschaft in der BRD in fetten Lettern in Springers „Die Welt". „1974 deckte Südafrika 45 Prozent aller Chromerzimporte der Bundesrepublik. Etwa 53 Prozent der Manganerze, 80 Prozent des Blauasbests ...". Solche Anzeigen häufen sich in BRD-Monopolblättern, ganze Sonderbeilagen entstehen. „Südafrika ist eine Goldgrube, nicht nur in den Minen". Das weiß man seit langem zwischen Schleswig-Holstein und Bayern z. B. bei Siemens und AEG-Telefunken, bei Daimler-Benz und den Bayerischen Motorenwerken, bei der Friedrich Krupp AG und der Preussag, bei Beyer-Leverkusen und den Farbwerken Hoechst, bei der Deutschen Bank und der Commerzbank. Befriedigt verkündet die Südafrikanische Botschaft: „Heute sind es mehr als 5 000 deutsche Unternehmen, die mit Südafrika Handelsbeziehungen unterhalten." Mindestens 500 davon, darunter nahezu alle BRD-Konzerne, profitieren unmittelbar von der schrankenlosen Ausbeutung der Afrikaner über Zweigbetriebe oder Tochtergesellschaften. Der Profit ist hoch. Kein Wunder also, wenn auch die Investitionen in Südafrika aus der BRD stark zugenommen haben, zumal das Regime in Pretoria für die Investoren viele zusätzliche Vergünstigungen einräumt: Steuererleichterungen, unter bestimmten Bedingungen sogar zeitweiliges Aussetzen jeglicher Besteuerung, niedrigere Transporttarife, Erleichterungen im Profittransvers, zinsgünstige Kredite usw. Ende 1975 feierten südafrikanische Zeitungen den Besuch einer 30köpfigen Delegation des Bundesver-

Rohstofförderung

	1960	1975	Produktionsteil
Steinkohle (in Mill. t)	38	70	7% aller kapitalistischen Industriestaaten
Mangan (in Mill. t)	1,2	4,1	57% aller kapitalistischen Industriestaaten
Eisenerz (in Mill. t)	3	12	3% aller kapitalistischen Industriestaaten
Chrom (in Mill. t)	0,77	2,2	44% aller nichtsozialistischen Länder
Platin (in 1000 kg)	9	50	88% aller nichtsozialistischen Länder
Diamanten (in 1000 karat)	3142	7500	20% aller nichtsozialistischen Länder

BRD-Handel mit Südafrika

Einfuhr	(in Mill. DM)	Ausfuhr
1217,4	1970	1940,0
2178,7	1975	3389,8
2556,0	1977	2598,0





Ein regelmäßiger Besucher Südafrikas ist Franz Joseph Strauß. Hier mit dem ehemaligen Chef des Rassistenregimes Vorster

Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aus der BRD, mit dem damaligen südafrikanischen Außenminister Muller, rechts, und „Ministerpräsidenten" der Bantustans

Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden: 20 Prozent, es wird lebhaft, 50 Prozent, positiv waghalsig: für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß: 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, daß es nicht riskiert...

Karl Marx zitiert P. J. Dunning, in: Das Kapital

bandes der Deutschen Industrie (BDI) als Besuch der repräsentativsten Wirtschaftsdelegation in letzter Zeit. Ein Sprecher des BDI erklärte in einem Interview: „In Übereinstimmung mit der Regierung in Bonn sieht die Delegation keinen politischen Grund, weshalb der Handel und der Kapitalverkehr mit Südafrika eingeschränkt werden sollte".
Die BRD ist heute zum wichtigsten Außenhandelspartner des Rassistenstaates geworden.
Gern möchten die Monopole imperialistischer Hauptländer den Mantel des Schweigens über den Umfang ihrer Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime breiten. Investitionsangaben gelten als nahezu geheimes Material. Schätzungen sprechen von gegenwärtig neun bis dreizehn Milliarden Rand, das wären zwischen 20 und 30 Prozent aller Investitionen in diesem Land überhaupt. Nach Großbritannien – historisch bedingt auf Platz eins – rangiert hier die BRD noch vor den USA und Japan.
Rohstoffe – Apartheidpolitik – Auslandsinvestitionen – auf dieser Grundlage entstand in Südafrika ein einheimisches Monopolkapital, spielen südafrikanische Finanzkapitalisten eine wichtige Rolle in internationalen Monopolen. Der „Gold- und Diamantenkönig" Oppenheimer, Beherrscher eines mächtigen Wirtschaftsimperiums und Präsident der Anglo American Corporation of South Africa, Ltd. und Anton Rupert, Chef des gigantischen Tabakkonzerns Rembrandt - Reemstma - Rothmans, enger Vertrauter Vorsters, oder Frame, der einen Teil der Textilindustrie Südafrikas beherrscht, das sind Vertreter des südafrikanischen Imperialismus, die zusammen mit den ausländischen Monopolen vor allem durch die schrankenlose brutale Ausbeutung der Afrikaner jahrzehntelang märchenhaft hohe Profite erzielt haben. Doch das Gespenst der Krise geht heute auch um in Südafrika. Die Inflationsrate erreicht in diesem Land annähernd 12 Prozent, Aktien südafrikanischer Monopole erleben Kursstürze. Sorgenvoll vermeldete 1976 das einflußreiche britische Blatt „Financial Times": „Mittlerweile fällt das Realeinkommen, Profite verringern sich, die Konsumgüterindustrie beginnt in Schwierigkeiten zu geraten und vor allem Südafrikas schwarze Arbeiter leiden mehr als Weiße unter der Infla-







tion und Arbeitslosigkeit. Das alarmierende Anwachsen der Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen – Ende des Jahres können es fast 2 Millionen Menschen sein – ist potentiell eine der ernstesten ökonomischen und politischen Aspekte der Schwierigkeiten Südafrikas." Schon wurde Südafrika durch die Universität von Delaware (USA) auf Platz 19 ihrer Liste der sichersten Investitionsgebiete gesetzt. Noch vor wenigen Jahren rangierte das Land unter den ersten Zehn. Die amerikanische Zeitschrift „Business International" errechnet bedrohlich sinkende Profitraten für USA-Investoren in Südafrika: 1970 durchschnittlich 16 Prozent, 1975 nur noch 8,7 Prozent.

Alarmstufe eins für den Weltimperialismus. Es geht schließlich um den Einfluß auf ein Gebiet der Erde, das nicht nur ökonomisch, sondern auch militärstrategisch für den Imperialismus äußerst wichtig ist. Kann dieser Einfluß, so fragen sich viele Monopolisten innerhalb und außerhalb Südafrikas, mit Hilfe der heutigen Apartheidpolitik erhalten werden? Nicht wenige haben daran Zweifel und raten deshalb zu einer wirksameren Verschleierungstaktik und zu einigen Teilzugeständnissen an die schwarze Bevölkerung. Bestimmt wird ihre Haltung nicht zuletzt durch den wachsenden Widerstand gegen die Rassendiskriminierung innerhalb Südafrikas und die immer ausgeprägter werdende Entlarvung der Apartheid als eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit und als eine Gefahr für den Frieden.

Johannesburg, Zentrale der Monopole Südafrikas

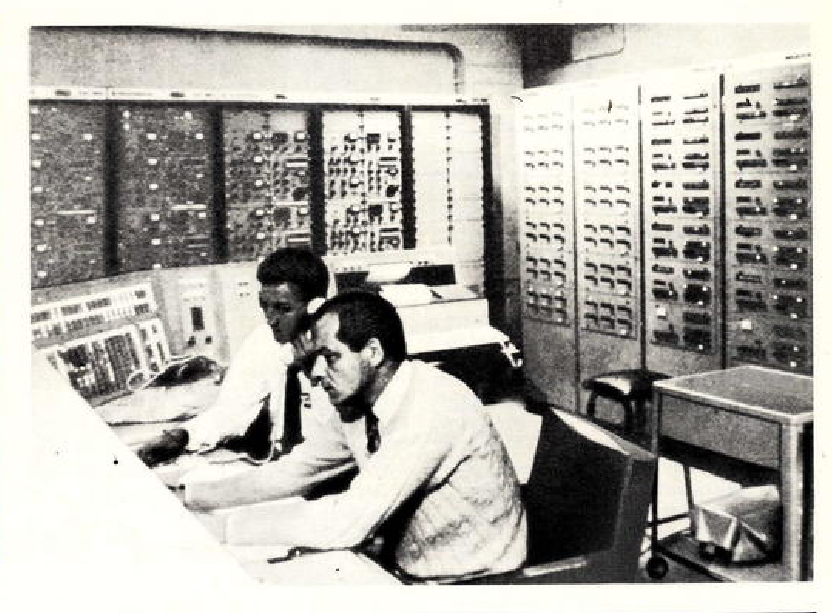
In der Börse von Johannesburg

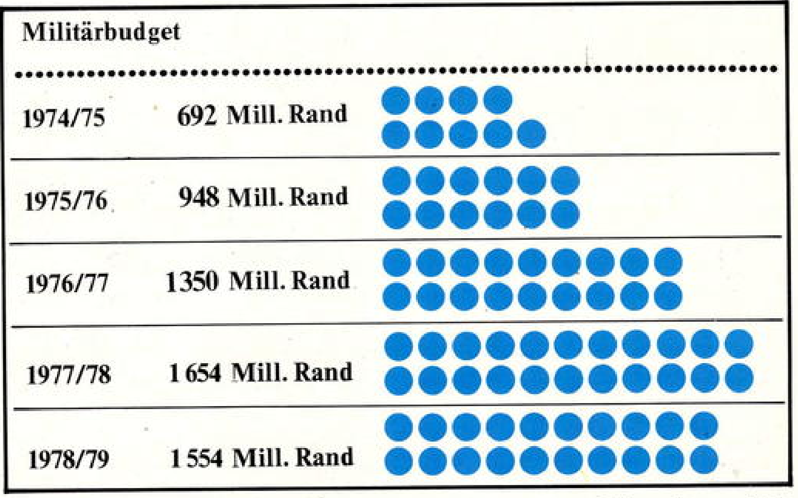
Gold, seit fast 100 Jahren Exportfavorit Südafrikas. 1974 z. B. war Gold am Gesamtexport von 3,2 Milliarden Rand mit fast 2,6 Milliarden beteiligt. Südafrika produzierte 1976 708 00/ Kilogramm Gold, das sind etwa 75 Prozent der Weltproduktion an Gold außerhalb der sozialistischen Länder.

Eine Gefahr für den Frieden

Pressekonferenz im Ghion-Hotel in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba Anfang 1975. Die Regierungsdelegation der Volksrepublik Angola auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) führt der Weltpresse gefangene südafrikanische Soldaten vor. Sie widerlegen die freche Lüge des Regimes in Pretoria, daß Truppen nur zum „Schutz" des beidseits der Grenze zwischen Namibia und Angola gelegenen Cunene-Staudammsystems eingesetzt worden sind. Diese Soldaten waren mitten in Angola gefangengenommen worden. Sie gehören zu den südafrikanischen Invasionstruppen in Angola, deren Ziel es war, die Befreiungsbewegung dieses Landes zu zerschlagen und proimperialistischen Kräften zum Sieg zu verhelfen. Zu Ende war ihr Traum, mit klingendem Spiel als „Befreier vom Bolschewismus" in Luanda einzuziehen.

Diese Invasion Südafrikas wurde ein für jedermann sichtbarer Beweis aggressiver, friedensgefährdender Politik des Apartheidregimes. Doch es war weder das erste noch das letzte Mal, daß das Apartheidregime so auftrat. Die widerrechtliche Okkupation Namibias und der Aufbau eines Netzes von Militärstützpunkten auf diesem Territorium, die militärische Zusammenarbeit mit dem Smith-Regime in Südrhodesien und vorher mit den Kolo-





Militärbudget	
1974/75	692 Mill. Rand
1975/76	948 Mill. Rand
1976/77	1350 Mill. Rand
1977/78	1 654 Mill. Rand
1978/79	1 554 Mill. Rand

Die Zentrale in der Silbermine, von der aus das gesamte Unternehmen Advokaat kontrolliert werden kann.

nialtruppen Portugals, die Aggressionsakte gegen Sambia sowie der Überfall auf das Flüchtlingslager bei Cassinga in Angola im Mai 1978 waren und sind weitere Zeichen dieser Politik. Das Ziel der Vorster & Co. ist klar: Erhaltung und Ausdehnung imperialistischer Macht im südlichen Afrika.

Besonders seit Anfang der siebziger Jahre wird in Südafrika mit wachsendem Tempo aufgerüstet: das Militärbudget erreicht schwindelnde Höhen. Südafrika ist für den imperialistischen Militärblock NATO außerordentlich wichtig. Ein Beispiel dafür ist das „Unternehmen Advokaat".

In einer alten Silbermine, nicht weit vom Kriegshafen Simonstown bei Kaapstad arbeitet drei Stockwerke tief im Fels hinter Atomschleusen und dicken Stahltüren das modernste Radar- und Funküberwachungssystem in der südlichen Hemisphäre. Auf den Radarschirmen wird nicht nur die sogenannte Kaproute erfaßt, jener bedeutende internationale Seeweg, auf dem jährlich rund 25 000 Schiffe das Kap der Guten Hoffnung passieren, sondern auch der Atlantik bis Südamerika, ein großer Teil des Indischen Ozeans und des afrikanischen Kontinents. Von diesem Zentrum aus läßt sich praktisch der gesamte See- und Luftverkehr in dem genannten Raum ständig feststellen und erfassen. Offiziell ist Südafrika in das

Die Streitkräfte Südafrikas 1975

Armee	**50500** Mann
Luftwaffe	**8500** Mann
Marine	**4000** Mann

Zur Ausrüstung gehören rund 1300 Panzer bzw. gepanzerte Transportfahrzeuge, drei U-Boote der Daphne-Klasse, zwei Zerstörer, sechs U-Bootjäger, eine große Zahl Artillerie und Luftabwehrraketen. Seit 1960 wurden von imperialistischen Ländern über 700 Flugzeuge geliefert bzw. in Südafrika in Lizenz gebaut. Die regulären Streitkräfte werden durch die sogenannten Kommandos ergänzt, denen 80000 Weiße angehören, eine der faschistischen SA ähnliche Organisation, die besonders in kleineren Städten und Landgemeinden eine wichtige Stütze der Polizei darstellt. Hinzu kommen die sogenannte Citizen Force, knapp 14000 Mann, der zehn Jahre lang alle jene weiße Südafrikaner angehören, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben. Die 19tägige Ausbildung pro Jahr in speziellen Lagern wurden teilweise bereits auf drei Monate ausgedehnt.
Jahrzehntelang wurde der Dienst in den Streitkräften als gehütetes Privileg der sogenannten weißen Herrenrasse betrachtet. Seit einiger Zeit werden auch einige nichtweiße Helfershelfer – in gesonderten Abteilungen – als Komplizen der Rassisten eingesetzt.

NATO-Kodifizierungssystem für militärische Ausrüstung einbezogen – es ist aber nicht Mitglied der NATO. Das erschwert, aber es verhindert nicht die Zusammenarbeit. Die strategische Lage Südafrikas am Schnittpunkt zweier Ozeane und seine für die Kriegsproduktion außerordentlich wichtigen Rohstofflager machen diesen Staat schon seit Jahren zum Hauptpartner der NATO in dieser Region. Seine Bedeutung ist nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialimperiums noch gewachsen.

Seit vielen Jahren beliefern die NATO-Staaten und Israel Südafrika mit Waffen sowie militärischen Ausrüstungen und vergeben für deren Produktion Lizenzen an das Rassistenregime. Einige Beispiele dafür:

Seit dem 1964 von der britischen Labourregierung gegen Südafrika verhängten, allerdings auch löchrigen Waffenembargo, wurden französische Monopole der bedeutendste Waffenlieferant für Südafrika. So erhielt Pretoria Hubschrauber, Raketen, Flugzeuge und Panzer sowie die für die Waffenherstellung im Lande benötigten Lizenzen. Der Weltfriedensrat schätzt in einer Dokumentation ein, daß allein zwischen 1970 und 1974 Waffen im Wert von 2 Milliarden Francs an Südafrika geliefert wurden.

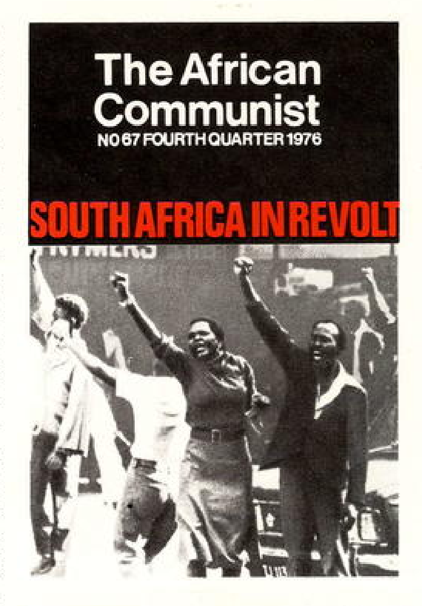
Italienische Monopole rüsteten einen großen Teil der südafrikanischen Luftwaffe mit Flugzeugen aus, die entweder direkt in Italien oder nach italienischer Lizenz in Südafrika gebaut werden. Dazu gehören bisher vor allem mehr als 200 Aermacchi H. B. 326, das sind bewaffnete, speziell für die Bekämpfung von Partisanen einsetzbare Flugzeuge.

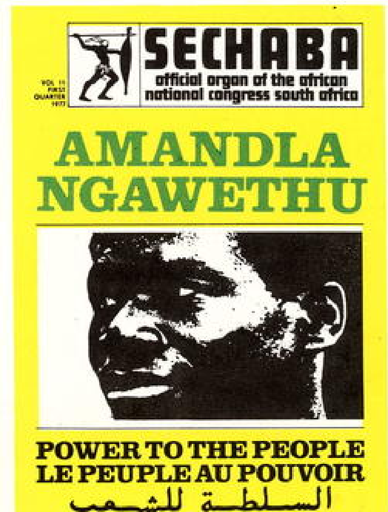
Der Besuch, den Vorster im April 1976 mit großem Gefolge in Israel machte, verstärkte auch hier die militärische Zusammenarbeit. So ist bekannt geworden, daß dem staatlichen Unternehmen Israel Aircraft Industries die Wartung und Wiederinstandsetzung eines Teils der südafrikanischen Flugzeuge übertragen wurde. Bekanntlich gehören Mirage-Jäger zum Kern der Luftwaffe beider Länder. Außerdem beliefert Israel Südafrika künftig mit in Israel entwickelten Kampfflugzeugen vom Typ Kfir, einem Flugzeug, das in Israel aus der französischen Mirage entwickelt wurde. Schlagzeilen machte auch die Meldung, daß in der südafrikanischen Hafenstadt Durban israelische Schnellboote der Reshef-Klasse in Lizenz produziert werden.

Die BRD-Monopole sind an der Aufrüstung Südafrikas besonders auf dem Gebiet der Elektrotechnik/Elektronik beteiligt. Beim Radar- und Funküberwachungssystem „Advokaat" ist vom Computer bis zum einfachen Fernschreiber fast alles „made in Germany". Zweigwerke von BRD-Monopolen der Elektronik, der chemischen Industrie und der Kraftfahrzeugproduktion sind fest in die Ausrüstung der südafrikanischen Streitkräfte integriert. Besonders verhängnisvoll aber ist die Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Oft genug haben Südafrikas Politiker und Militärs durchblicken lassen: wir können die Atombombe bauen. Der Afrikanische Nationalkongreß konnte Ende 1975 in einer aufsehenerregenden Dokumentation feststellen, daß die langjährige Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika tatsächlich dafür die Grundlagen geschaffen hat. Die Fakten sind eindeutig: Das in Südafrika zur Urananreicherung verwendete Trenndüsenverfahren ist in der BRD entwickelt worden; die Technologie für das südafrikanische Atomzentrum Pelindaba stammt zum großen Teil von der durch die BRD-Regierung kontrollierten STEAG und der „Gesellschaft für Kernforschung" in Karlsruhe; die MAN-Werke in Nürnberg lieferten Ausrüstungen für Pelindaba. Pretoria hat sich geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Damit kann es die Anreicherungsanlage zur unkontrollierten Herstellung von Atomwaffen benutzen. Der Afrikanische Nationalkongreß stellt fest: „Der Einsatz von Atomwaffen als verzweifelte Maßnahme, den Apartheidstaat zu erhalten, kann nicht ausgeschlossen werden."

Am 4. November 1977 mußten sich die dem UNO-Sicherheitsrat angehörenden imperialistischen Hauptmächte endlich einer seit über fünfzehn Jahren von der Mehrheit der UNO-Mitgliedsländer erhobenen Forderung nach einem unbegrenzten bindenden

Verbot von Waffenlieferungen an Südafrika beugen. Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen hat damit der Sicherheitsrat derart weitgehende Zwangsmaßnahmen gegen einen Mitgliedsstaat der UNO angewandt. Das ist vor allem ein Ereignis des beharrlichen Kampfes der Apartheidgegner innerhalb und außerhalb Südafrikas. Der Verlauf der XXXII. UNO-Vollversammlung hat auch gezeigt, daß besonders die sozialistischen Staaten, viele junge Nationalstaaten und die südafrikanischen Revolutionäre selbst fordern, diesem Waffenembargo nun endlich auch weitere Schritte zur vollständigen Isolierung des südafrikanischen Rassistenregimes folgen zu lassen. Das Waffenembargo ist wichtig, aber es darf nicht vergessen werden, daß die langjährige Unterstützung durch NATO-Staaten und Israel Südafrika ermöglichen, heute einen großen Teil der Waffen im Lande selbst herzustellen. Mit Nachdruck fordern die Gegner der Apartheid nicht nur eine konsequente Einhaltung dieses Embargos, sondern vor allem auch das Ende der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit imperialistischer Staaten mit Südafrika.





Solidarität hilft siegen

„Amandla!" „Maatla!"-Macht. Macht dem Volke – das ist heute der Kampfruf des Afrikanischen Nationalkongresses und seiner Bündnispartner. Sie wissen die sozialistischen Staaten, Afrikas Patrioten, die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Solidarität in Wort und Tat geht heute weit über die Klassenpflicht der internationalen Arbeiterbewegung hinaus, erfaßt breiteste Bevölkerungskreise überall. Wenn Südafrikas führende Befreiungsorganisationen dabei der Sowjetunion besondere Achtung und Sympathie entgegenbringen, so ist dies nicht nur Dankbarkeit für umfangreiche und wirksame Hilfe; es ist auch das Wissen darum, mit den Siegern der Geschichte verbunden zu sein.

Die Wertschätzung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, das ist auch das Wissen um deren Rolle bei der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt. Die Politik dieser Staaten hat wesentlich dazu beigetragen, daß heute im Süden Afrikas neue, bessere Bedingungen für den Befreiungskampf entstehen. Doch der Imperialismus in Südafrika gibt sich noch nicht geschlagen. Der Feind der nationalen Befreiung der Afrikaner ist keine entfernte Kolonialmacht, sondern das imperialistische System im Lande selbst, das durch unzählige Fäden mit dem internationalen Monopolkapital verbunden ist. Einen solchen Gegner erfolgreich zu bekämpfen, dazu bedarf es einer auf der Aktionseinheit aller Kommunisten und Nichtkommunisten gegründeten Befreiungsfront, an die höchste Anforderungen hinsichtlich ihres Einflusses, ihrer taktischen und strategischen Fähigkeiten sowie der Opferbereitschaft gestellt werden müssen.

„Es gibt keinen leichten Weg zur Freiheit": diese Worte Nelson Mandelas sind und bleiben voll gültig.

Eine der wichtigsten internationalen Aufgaben (ist) die völlige Beseitigung aller Überreste des Systems der kolonialen Unterdrückung, der Beeinträchtigung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Völker, die völlige Beseitigung aller Herde des Kolonialismus und Rassismus.

Aus dem erweiterten Friedensprogramm, bestätigt auf dem XXV. Parteitag der KPdSU

APARTHEID

NO



Dr. phil. Klaus Brade, geb. 1940, studierte Geschichte an der Humboldt-Universität, Berlin. Spezialgebiet: Probleme des Befreiungskampfes im südlichen Afrika. Er verfaßte zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze zu dieser Thematik und arbeitete als Autor an mehreren Sammelwerken mit.

Herausgeber: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
Leiter des Redaktionskollegiums:
Dr. Klaus Scheel, Dr. Wolfgang Büttner,
Dr. Evemarie Badstübner-Peters,
Dr. Gerhard Höpp
Verlagslektor: Ursula Sell
Gesamtgestaltung: Peter Schulz

Printed in the German Democratic Republic
Lizenz-Nr.: 206 · 435/48/81
2. Auflage
Lichtsatz und Lithographie: INTERDRUCK Graphischer Großbetrieb Leipzig – III/18/97
Druck und Bindearbeit: Druckhaus Karl-Marx-Stadt
LSV 0239
Bestellnummer: 570715 7
DDR 3,50 M

Illustrationen

ADN (AP-Tele, Camera Press, ZB) Dr. Klaus Brade, Berlin; VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin; Verlag Gruser AG & Co., Hamburg; Verlag Mysl, Moskau; Secheba; Beate Sell, Berlin